

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappé 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adamez

21. März 1950

Blatt 460

Dank an Stadtrat Rohrhofer

21. März (Rath.-Korr.) In Anwesenheit von Vizebürgermeister Weinberger, des neugewählten Stadtrates Dr. Robetschek, und Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Gundacker verabschiedeten sich heute früh die leitenden ~~Beamten~~ der Geschäftsgruppe VII, "Bauhöfliche und sonstige technische Angelegenheiten" und der Stadtbauamtsdirektion von Stadtrat Rohrhofer.

Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Gundacker würdigte in einer Ansprache die aufopfernde Arbeit, die Anton Rohrhofer in der schwersten Zeit des Wiederaufbaues unserer Stadt geleistet hat. Das weite Arbeitsgebiet fand in Rohrhofer einen umsichtigen und fachkundigen Leiter, dem es gelungen ist, das ihm anvertraute Verwaltungsbereich aus den chaotischen Zuständen der Nachkriegszeit wieder den geordneten Verhältnissen zuzuführen. Unter seiner Leitung wurde die Bau-, Feuer- und Gewerbepolizei, das Stadtgartenamt, die Friedhöfe, Bäder, Wäschereien, die Transportlenkung, Straßenpflege und das Stadtforstamt wieder in Ordnung gebracht.

Stadtrat Rohrhofer dankte für die aner kennenden Worte und dankte zugleich den vielen Mitarbeitern für das ihm entgegengebrachte Verständnis und die treue Mitarbeit.

Die Leiter der einzelnen Magistratsabteilungen begrüßten sodann ihren neuen Vorgesetzten, den Amtsführenden Stadtrat Dr. Robetschek, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß wie unter seinem Vorgänger, auch weiterhin in gemeinsamer sachlicher Arbeit die Interessen Wiens gewahrt werden.

Die Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat
=====

21. März (Rath.Korr.) Am 2. Tag der Budgetberatungen im Wiener Gemeinderat wurde die Debatte über die Geschäftsgruppe I, Personalangelegenheiten, fortgesetzt.

GR. Weigelt (SPÖ) stellt zunächst fest, daß es wohl keinen Redner gibt, der in diesem Hause eine Rede zur Befriedigung der städtischen Angestellten halten könnte, die nicht die frohe Botschaft von einer bevorstehenden zufriedenstellenden Lösung ihrer Lohn- und Gehaltsfragen enthält. Auch er sei leider nicht in der Lage, eine solche Botschaft zu verkünden. Er vertrete den Standpunkt, daß diese Frage keine von den Bundesangestellten getrennte Lösung vertrage. Es wäre doch undenkbar, eine Lösung der Gehaltsfrage bei den Wiener Verkehrsbetrieben durchzuführen, ohne gleichzeitig auch die Lösung dieser Frage für Eisenbahn, Post und Telegraph in Angriff zu nehmen.

Es werde viel davon gesprochen, daß der Abbau die einzig mögliche Lösung sei. In diesem Zusammenhang wird vor allem eine brutale Aufnahm Sperre für das Büropersonal gefordert, da es in dieser Gruppe zu viel Angestellte gibt. Bei den Unternehmungen soll die Reduzierung des Personalstandes durch den natürlichen Abgang, durch Tod und Pensionierung, erfolgen. Freie Posten sollen durch überschüssiges Personal aus anderen Gruppen vervollständigt werden. Sämtliche Bedienstete, die das 60. Lebensjahr erreichen und ihre volle Dienstzeit absolviert haben, sollen in Pension geschickt werden. Der Abbau soll also auf diese Art möglichst schmerzlos gestaltet werden. Vielleicht wäre es auch möglich, durch erhöhte Abfertigungen ein freiwilliges Ausscheiden aus dem Gemeindedienst zu fördern. Hierbei muß aber das Recht jeder Frau, einen Beruf auszuüben, voll anerkannt werden. (Starker Beifall bei den Sozialisten.) In jenen Fällen, wo Angestellte nicht die entsprechende fachliche oder gesundheitliche Eignung für ihren Dienst aufweisen, muß unbedingt die Kündigung ausgesprochen werden. Es ist jedoch nicht daran gedacht, zu einem System schematischer Entlassung zu greifen. Vor allem sollen nicht Leute vom Abbau betroffen werden, die noch keinen Rentenanspruch haben.

Kriegerwitwen und KZ-ler sollen keineswegs entlassen werden, sie sollen nicht zum Dank dafür, daß sie ihren Familienerhalter verloren haben oder in die Gefängnisse gesperrt wurden, jetzt auf die Straße geworfen werden. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.) Diese Maßnahmen sollen dazu führen, zu einem Normalstand von 31.226 Bediensteten zurückzukehren.

Angesichts dieser Tatsachen muß jenen 69.000 Gesuchstellern, die um eine Aufnahme bei der Gemeinde Wien angesucht haben, gesagt werden, daß wenig Aussicht besteht, in den nächsten Jahren in den Dienst der Gemeinde Wien übernommen werden zu können. Es ist erstaunlich, daß trotz der bekannt schlechten Bezahlung so viel Leute hoffen, bei der Gemeinde eine Anstellung zu erreichen.

In der vorjährigen Budgetdebatte sei die GR.Hiltl (ÖVP) dafür eingetreten, die vom Abbau Betroffenen in der Privatwirtschaft, in der Industrie, unterzubringen. Dennoch habe die ÖVP den Entwurf des Arbeitsvermittlungsgesetzes abgelehnt. (Hört! Hört! -Rufe bei den Sozialisten.) Die ÖVP-Presse wendet sich entschieden dagegen, daß die Arbeitgeber verpflichtet werden sollen, freiwerdende Stellen beim Arbeitsamt anzumelden. Man will also wieder den Zustand, daß die Arbeitslosen nur durch Protektion eine Stelle bekommen oder dadurch, daß sie von Tür zu Tür demütig bitten gehen.

Gegenüber den Ausführungen des GR.Dr.Altmann erklärt der Redner: Wir können das Problem nicht so lösen, wie man es in anderen Ländern löst, indem man die überflüssigen Schreibtische verbrennt, den Leuten dafür Krampen und Schaufel in die Hand drückt und sie in irgendein Bergwerk kommandiert. In einem demokratischen Staat müssen wir trachten, derartige Dinge im gegenseitigen Einvernehmen zu regeln.

Gegenüber dem Vorwurf, die Gehälter der Gemeinde Wien seien nicht sozial, erklärt er, die Gemeinde könne nicht für die Kriegsschäden und die Kosten der Besetzung verantwortlich gemacht werden.

Die SPÖ, schließt er, wird alles versuchen, die Personalpolitik wieder so zu gestalten, daß die Angestellten der Gemeinde Wien eine zufriedene Angestelltenschaft werden und daß sie wieder das Vorbild für ganz Österreich wird. (Lebhafter Bei-

GR.Ing.Keller (parteilos) betont, daß durch Abbau die finanziellen Schwierigkeiten nicht behoben werden können. Die Ursachen unseres wirtschaftlichen Elends liegen viel tiefer. Wenn ein Kranker zum Arzt kommt und dieser feststellt, daß der Patient Hühneraugen und Krebs hat und er ihm die Hühneraugen schneidet, vom Krebs aber nichts spricht, wird der Kranke wohl die Hühneraugen los, er wird aber am Krebs ganz bestimmt zu Grunde gehen. Das Krebsgeschwür in unserer Wirtschaft ist die ganz verfehlte Verwaltung unseres Geldwesens. Sie liegt nur in der Österreichischen Nationalbank A.G. Dort sind die Reichen zu finden, von denen man das Geld holen muß. Die Gebarung unserer Nationalbank kommt einer gesetzlich privilegierten Geldfälschung gleich. Der Redner spricht sich gegen den Abbau von Beamten und für die Ordnung des Geldwesens aus.

GR.Dr.Freytag (ÖVP) macht einige kritische Bemerkungen über die Praxis des Personalamtes, wenn auch die Reformvorschläge des Amtsführenden Stadtrates eine solide Grundlage für weitere Verhandlungen sei. Er bezeichnet die Absicht, Magistratische Bezirksämter zusammenzulegen, als eigenartig. Eine solche Zusammenlegung bedeutet für die Bevölkerung eine Belastung.

Das Dienen bei der Gemeinde Wien sei das Unangenehmste im öffentlichen Dienst. Der schlecht bezahlte Angestellte müsse ein Drittel seiner Lebenszeit im Amte zubringen. Die Gründe für die Unannehmlichkeiten des Dienstes seien vor allem psychologischer Natur. Dieser Zustand, der schon seit vielen Jahren bestehe, bringe für die Gemeinde Wien den Verlust wertvoller Arbeitskräfte. Dadurch bestehe die Gefahr einer Niveauverschlechterung für die Gemeindeverwaltung. Der Redner zeigt an Beispielen, wieweit dieser Zustand schon gehe und wendet sich weiter gegen die Praxis der Gemeindeverwaltung, bei Versetzungen in den Ruhestand. Während den Beamten bei Pensionierung auf eigenes Ansuchen Dank und Anerkennung ausgesprochen wird, ist dies bei Pensionierungen von amtswegen nicht der Fall. Auch die Art, wie verdienstvolle Beamte von ihrer Pensionierung verständigigt werden, sei zu formlos.

Die Beamten der Magistratischen Bezirksämter sind nicht, wie ein hoher Beamter des Personalamtes erklärte, Beamte zweiter Güte. Gerade die Außenstellen haben seit dem Jahre 1945 unter schwierigsten Verhältnissen im Aufbau der Verwaltung ihr Bestes geleistet. (Zustimmung bei der ÖVP.) Dies findet aber leider keine Anerkennung.

Der Redner regt Titelverleihungen bei Versetzung in den Ruhestand und eine Angleichung der Urlaubsbestimmungen für gewisse Gruppen von Gemeindeangestellten an jene des Bundes an.

Es wäre an der Zeit und würde von den Angestellten dankbarst empfunden, wenn man im Personalamt mehr Eingehen auf die Menschen zeigen würde. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

GR. Pölzer (SPÖ) erklärt, daß zum Thema Personalpolitik schon viel Gereimtes und Ungereimtes gesagt wurde und er nun zum Ungereimten Stellung nehmen will. Zu den Ausführungen des GR. Schwaiger, daß das Verhandlungskomitee der Gewerkschaften nicht wisse was es zu begehren hat, erklärt er, daß dieses Komitee ganz genau weiß, was es will. Außerdem gehören ihm ja alle drei Fraktionen des Gewerkschaftsbundes an. Es wurde bereits im Jänner an den Finanzminister ein Forderungsprogramm gerichtet. Der Kampf um die Novellierung des Gehaltsüberleitungsgesetzes besteht seit dieser Zeit. Wenn auch GR. Altmann gemeint hat, das Gehalt müßte nach den Gehaltssätzen von 1937 vervierfacht werden - es wäre dann das Anfangsgehalt 688 S und der Endbezug 9.560 S - so kann dies natürlich keine Minute ernst genommen werden. Es müßten für diese Gehaltsregelung 2,3 Milliarden Schilling aufgewendet werden. Die Formel der Gewerkschaft lautet: die Verdoppelung des jetzigen Grundgehaltes und 256 S. Wir wissen, daß dies in der jetzigen Zeit nur schwer erreicht werden kann.

Als ungereimt erklärt der Redner auch das Losgehen der GR. Schwaiger und Skokan auf die kleinen Personalvertreter. Diese Personalvertreter waren es, die den Leuten nach 1945 klar gemacht haben, daß wir unsere Stadt und unseren Staat wieder aufbauen müssen, denn er wird ja unser Staat sein. (Starker Beifall.)

Zu den Abbaumaßnahmen, die Stadtrat Fritsch erwähnt hat, erklärt der Redner, daß er hofft, daß die Gewerkschaft auch hier einen Ausweg finden werde. Über die Verwaltungsreform bestehen die verschiedensten Vorstellungen. Es ist dies ein heikler Punkt

und man darf ihn daher nicht überstürzen, sondern muß die Maßnahmen, die getroffen werden sollen, genauest prüfen. Er spricht dann auch von den hunderten jungen Ehefrauen, die noch verdienen, weil sie ihre wirtschaftlichen Verhältnisse dazu zwingen. Vielleicht könnte man durch erhöhte Abfertigungen auf diesem Gebiet Erleichterungen schaffen.

Zu den Ausführungen des GR. Doppler erwidert der Redner, daß dieser immer wieder versucht glaubhaft zu machen, das, was zwischen 1938 und 1945 in der Verwaltung geschehen ist, eine normale Entwicklung zu nennen. GR. Pölzer verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß in dem genannten Zeitraum hunderte willkürlich aus den Gemeindebetrieben herausgerissen wurden und nach Kiel oder in eine andere Stadt versetzt wurden. Es war das reinste Terrorregime. Wir wissen allzu deutlich, wo GR. Doppler hin will. Man muß jedoch die Normen und Formen eines Rechtsstaates wahren. (Erregte Zwischenrufe beim WdU.) Wären die Nazi noch einige Zeit geblieben, das ganze pragmatische Dienstrecht wäre ein Fetzen Papier gewesen. Niemand soll in diesem Hause dieser Zeit das Wort reden. (Abermals erregte Zwischenrufe beim WdU. GR. Maller: Faschisten, hinaus! - GR. Wicha: Das hat mit Neofaschismus nichts zu tun!)

GR. Pölzer verwahrte sich dann gegen unmögliche Forderungen zugunsten der städtischen Bediensteten. Es ist selbstverständlich, sagte er, daß alles getan wird, um das Los der Gemeindebediensteten zu erleichtern und um die notwendigen Personalmaßnahmen in einer Form durchzuführen, die für alle erträglich ist. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

GR. Dr. Freytag (ÖVP) ergriff zu einer Richtigstellung das Wort. Er betonte, daß auch die Volkspartei die Verdienste des kleinen Vertrauensmannes voll und ganz würdigt. Der in Frage stehende Ausspruch hätte bedeuten sollen, daß es nicht angeht, daß einige der Vertrauensmänner ihren Wirkungskreis überschreiten und in den Gang der Verwaltung eingreifen.

Der Berichterstatter, Stadtrat Fritsch, gab in seinem Schlußwort seiner Freude Ausdruck, daß alle Redner ausnahmslos die Ansicht vertraten, den Angestellten der Stadtverwaltung müsse geholfen werden. Ferner stellte er mit Genugtuung fest, daß die Debattenredner den Bediensteten der Stadt Wien den Dank für deren Arbeit ausgesprochen haben und brachte diesen Dank nochmals im Namen seiner Fraktion zum Ausdruck. (Beifall)

Dann befaßte sich Stadtrat Fritsch mit den Ausführungen seiner Vorredner. Er richtete an GR.Doppler das Ersuchen, ihm konkrete Fälle, in denen Angestellte zum Beitritt zu einer Partei gepreßt wurden, bekanntzugeben. Gleichzeitig forderte er GR.Doppler auf, jene Leute, die anscheinend seiner Fraktion nahestehen, zu ersuchen, nicht gerade das Horst Wessel-Lied als Pausenzeichen zu pfeifen. Stadtrat Fritsch versicherte, unter dem Beifall aller Fraktionen und demonstrativen Zwischenrufen von Seiten des Linksblocks, daß er dies einstellen werde.

(GR.Wicha: (WdU): Mit Recht, mit Recht!)

Schließlich bemerkte der Redner, daß die Stadtverwaltung bei der Wiedereinstellung von früheren Nazis bis hart an die Grenze des Erträglichen gegangen ist.

Zu GR.Altmanns Forderungen nach einer vierfachen Erhöhung der Grundbezüge stellte der Referent fest, es sei unmöglich, diese weitgehende Forderung zu erfüllen. Auch die Wiederherstellung der Arbeitszeit wie vor 1938 sei noch nicht möglich. Die Folgen des Krieges sind zu schwer, um schon jetzt die Arbeitszeit herabsetzen zu können.

Zu den Bemerkungen von GR.Freytag, der Dienst in den Bezirksämtern werde als minderqualifiziert angesehen, stellte der Referent fest, daß gerade der Dienst in den Außenstellen besonders heikel und schwer sei und er daher diese Ansicht nicht vertrete.

Zum Abschluß seiner Rede dankte Stadtrat Fritsch dem Gemeinderat für das Verständnis, das er den Wünschen der Angestellten entgegen brachte. Wir wollen, sagte er, mitsammen arbeiten und trachten, das Los unserer Angestellten so erträglich wie möglich zu machen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

In der Abstimmung werden die Ansätze des ersten Hauptstückes des Voranschlages ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

Nunmehr gelangt die Geschäftsgruppe III, Kultur und Volksbildung, zur Beratung.

Amtsführender Stadtrat Mandl stellt zunächst grundsätzlich fest, daß es eine der auffallendsten Erscheinungen unserer Zeit sei, daß die Kulturinstitutionen und kulturellen Verbände dieser Stadt und des ganzen Landes, in eine Notlage wie kaum zuvor geraten sind. Es sei daher kein Wunder, wenn sich alle Sektoren des kulturellen, aber auch des öffentlichen Lebens mit der sogenannten "Kulturkrise" befassen. Die Kluft zwischen Kulturschaffenden und Kulturgenießenden tritt heute mit seltener Deutlichkeit hervor. Diese beiden Elemente müssen aber, da sie naturnotwendig zueinander gehören, einander zugeführt werden. Den Kulturschaffenden einerseits muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß Kunst und Wissenschaft nur dann Berechtigung und Geltung haben, wenn sie die ihnen zustehende Funktion innerhalb unserer Gesellschaft erfüllen. Den Menschen unserer Stadt muß andererseits begreiflich gemacht werden, daß die Kultur zu den Grundelementen demokratischen Zusammenlebens gehört. Freilich sind die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse oft stärker als unser Wollen, es wirkt sich noch lange jene Zeit einer barbarischen Diktatur aus, in der jahrelang die primitivsten Instinkte der Menschen angesprochen wurden. Es wird jahrzehntelanger angestrengtester Arbeit bedürfen, um diese Auswirkungen nicht nur auf dem materiellen Gebiete, sondern auch auf dem kulturellen Sektor überwinden zu können.

Wenn schon in der Generaldebatte davon gesprochen wurde, daß für kulturelle Zwecke zu wenig Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, so ist wohl darauf zu verweisen, daß es nach den Zerstörungen dieses entsetzlichen Krieges keinen Sektor des wirtschaftlichen und politischen Lebens gibt, wo man jetzt schon allen Anforderungen gerecht werden könnte. Zuerst müssen die dringendsten materiellen Bedürfnisse befriedigt werden, die Vollbeschäftigung muß gesichert sein, wir müssen unsere Freiheit erringen: ohne Freiheit keine Kultur, denn Unfreiheit ist kein Nährboden für kulturelle Arbeit. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Stadtrat Mandl bezeichnete es weiter als erfreulich, daß trotz der Anspannung der finanziellen Kräfte eine Verdopplung der Ansätze für kulturelle Zwecke gegenüber dem Vorjahr möglich war. Zu diesen Ansätzen kommen noch rund 3 Millionen Schilling für Zwecke der Kunstförderung aus dem Budget der anderen Geschäftsgruppen, darunter ein Prozent des Aufwandes für Neubauten von Wohnanlagen, die zu deren künstlerischen Ausgestaltung verwendet werden.

Der Kulturgroschen, der seit 1. Oktober 1949 eingehoben wird, hat bis Dezember 1949 780.000 S eingebracht. Bisher erhielten aus dem Kulturgroschen die Wiener Privattheater 600.000 S und die Wiener Symphoniker 238.000 S. Das Erträgnis des Kulturgroschens für 1950 wird auf vier Millionen Schilling geschätzt, wovon drei Millionen dem Land Wien verbleiben und eine Million dem Bund zufällt.

Wie aus den Tageszeitungen bereits ersichtlich gewesen sei, sollen für die Wiener Privatbühnen 1 1/2 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden, die im Rahmen einer Publikumsorganisation zur Verbilligung der Eintrittskarten um ein Drittel dienen sollen. Der Referent richtet nochmals den Appell an die Wiener Bevölkerung: helft doch den Wiener Theatern, helft den Wiener Schauspielern, besucht die Wiener Theater und rettet damit Wiener Kulturstätten, die weit über die Grenzen des Landes bekannt sind!

Selbstverständlich werden auch alle anderen Kulturinstitutionen in die Betreuung durch den Kulturgroschen einbezogen werden, so vor allem die Volksbildung.

Stadtrat Mandl verweist bei dieser Gelegenheit auch auf die Bemühungen seiner Geschäftsgruppe, durch die Veranstaltung und Förderung von Ausstellungen der Bevölkerung Kulturgüter nahezubringen. Er erinnert an die Ausstellungen "Unvergänglicher Strauß" und "Die Wienerin"; darüber hinaus wirkte das Kulturamt an 49 Ausstellungen, vor allem Wanderausstellungen, mit. In diesem Jahre ist z.B. eine Ausstellung anlässlich der Eröffnung des Forum-Kinos, die Mitwirkung an einer Sportausstellung und eine große Ausstellung im Herbst unter dem Titel "Neues Bauen, neues Wohnen, neues Leben" geplant.

Die Ausgaben für Ehrungen sind 1950 um 20 % erhöht worden. Es handelt sich hier um laufende Zuwendungen an Bedürftige, verdiente Persönlichkeiten, die monatliche Beträge von 160 bis 250 S erhalten. Derzeit gibt es 109 solcher Zuwendungen; in Zukunft soll das Moment der Fürsorgebedürftigkeit erst in zweiter Linie entscheidend sein.

Der für Begabtenförderung zur Verfügung gestellte Betrag dient fast ausschließlich für die Zuwendung von Stipendien und Schulgeldbeihilfen. Derzeit werden 35 Stipendien und 67 Schulgeldbeihilfen gewährt.

Unter dem Titel Kunstförderung sind 200.000 S für die Widmung von Preisen für alle Gruppen der bildenden Kunst und der Literatur, ferner für Auftragserteilung an Künstler und Kunsthandwerker und Druckkostenbeiträge vorgesehen. Im besonderen wird im Bereiche der Musik versucht, aufstrebende und begabte Musiker zu unterstützen.

Neu im Budget scheint die Post "Entschädigungen von Mitgliedern des Filmbeirates" auf, das ist jene Kommission, die die Entscheidung über die Untersagung der Vorführung von Filmen für bestimmte Gruppen von Jugendlichen zu untersagen hat. Diese "Märtyrer der Kultur" sollen für ihre sehr anstrengende und unangenehme Tätigkeit wie vor 1934 eine Art Spesenvergütung erhalten.

Auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs stehen derzeit in Wien immerhin schon 4.389 Zimmer mit 6.250 Betten in gut eingerichteten Fremdenverkehrsbetrieben zur Verfügung. Im abgelaufenen Jahr betrug die Zahl der in Wien zu Besuch weilenden Ausländer mehr als 37.000. Die Zahl der Nächtigungen stieg von 110.000 im Jahre 1948 auf 280.000 im Jahre 1949.

In Wien kann nun mit der Fremdenverkehrspropaganda begonnen werden, da es z.B. im Sommerhalbjahr 1949 1,164.000 Nächtigungsmöglichkeiten gab, von denen nur 467.000 ausgenützt wurden. Bereits in den nächsten Wochen wird ein Wiener Werbeprospekt herausgebracht und mit der Herausgabe von Werbebrochüren begonnen werden.

Die Musiklehranstalten sind besonders notwendig, da die technische Entwicklung und das Überhandnehmen der Konservenmusik die in Wien so stark verbreitete Pflege häuslicher Musik fast ganz zum Verschwinden zu bringen droht.

1934 beherrschten noch 34 Prozent der Wiener Kinder ein Instrument, 1949 sind es nur mehr 7 Prozent. Das Konservatorium der Stadt Wien hat die Aufgabe, hervorragende Begabungen zur Vollendung zu bringen. Die Kindersingschule der Stadt Wien umfaßt über 5000 Schüler. Der Schülerstand des Konservatoriums beträgt 562. Die zehn Musikschulen zählen 1.352 Schüler.

Die Schöpfung der Modeschule in Hetzendorf ist auch vom kulturellen Standpunkt zu begrüßen. Der Schule wird noch in diesem Schuljahr das Öffentlichkeitsrecht verliehen werden. Die Anstalt zählt derzeit 186 Schülerinnen.

Die städtischen Büchereien umfassen 46 Zweigstellen, der Buchbestand 222.000 Bände, die Jahresleserzahl 26.000, die Zahl der entlehnten Bände 1 Million im Jahre. Die Entlehnziffer hat sich seit 1945 fast verdreifacht, die Leserzahl ist um die Hälfte gestiegen. Den städtischen Bibliothekaren kommt eine wichtige kulturelle Aufgabe zu, indem sie auch noch volksbildnerisch zu wirken haben.

Die Landesbildstelle verfügt derzeit über 557 eigene Schmalfilmprojektoren und 355 Geräte, die den Schulen selbst gehören, über 10.577 Filmkopien, 100.452 Diapositivreihen, 88.400 Einzeldias und 20.973 Kleindias.

Der Berichterstatter bespricht die Aufgaben der Denkmalpflege und hebt die Arbeiten der Stadtbibliothek hervor. Diese verfügt heute über 213.333 Buchbände, 30.400 Stück Musiknoten und 106.141 Musikhandschriften. Die Bibliothek wurde im Jahre 1949 von rund 15.000 Personen besucht. Die städtischen Sammlungen leiden unter einer bedrückenden Raumnot.

Unter den Einnahmen der Post Körpersport steht das Erträgnis des Sportgroschens mit 1.3 Millionen an der Spitze. Von den Geldern des Sportgroschens werden 70 Prozent für den Bau von Sportanlagen und nur 30 Prozent für laufende Subventionen der Sportorganisationen ausgegeben. Seit April 1948 wurden den Sportorganisationen rund 2 Millionen Schilling überwiesen. Davon dienen 1.5 Millionen Schilling für die Instandsetzung von Sportanlagen. Aus dem Erträgnis des Sporttotos, von dem die Stadt Wien keinerlei Anteil erhält, werden nach Abzug der Steuern und Gewinne der Österreichische Fußballbund mit 38 Prozent und die drei großen Sport-

verbände mit je 14 % beteiligt.

Mit den Schulen wurden auch die Turnsäle von den Zerstörungen des Krieges hart getroffen. Vor dem Krieg gab es an Wiener Schulen 400 Turnsäle, bei Kriegsende waren nur mehr 75 brauchbar. Derzeit sind wieder rund 280 Turnsäle benützlich. Durch die Bereitstellung der Geräte zu außerordentlich niedrigen Mietzinsen erfährt der Sport durch die Stadt Wien eine gewaltige Förderung.

Seit Beginn dieses Schuljahres wird das "Haltungsturnen" für Schulkinder besonders gefördert. Es handelt sich hier um einen Turnunterricht, der behebbare Haltungsfehler, wie Rundrücken, schiefe Haltung usw., behandelt. Von den Schulärzten wurden nicht weniger als 9.000 mit Haltungsfehlern behaftete Kinder festgestellt.

Die Stadt Wien läßt überhaupt dem Sport in allen seinen Zweigen und der sporttreibenden Jugend weitestgehende Förderung angedeihen.

Stadtrat Mandl beendet seinen Bericht mit einem herzlichen Dank an alle Mitarbeiter, Beamten und Angestellten sowie Lehrer, für die Hingabe, mit der sie am Werke sind. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Kommerzialrat Mazur übernimmt den Vorsitz.

GR. Martha Burian (WdU) bemängelte die geringe Summe von 14 Millionen Schilling, die für kulturelle Ausgaben vorgesehen sind, im Verhältnis zu dem Gesamtbudget. Es ist dies nicht einmal ein Prozent der gesamten Ausgaben und das scheint im Hinblick auf die Bedeutung dieser Verwaltungsgruppe als doch etwas zu gering. So wurde zum Beispiel für die Begabten- und Kunstförderung, Ehrenpensionen usw., insgesamt ein Betrag von 600.000 Schilling ausgewiesen. Ein Betrag, der also für den Einzelpfänger nur sehr gering sein wird. Es stimmt ja, daß Österreich ein armes Land geworden ist, (erregte Zwischenrufe: "Wer ist denn schuld daran?") aber mit etwas können wir imponieren, das ist unser Kulturgut und unser Kulturschaffen. Man hört jetzt vielfach von einer Aktion, sie heißt leider nicht die Stadt oder der Staat hilft den Künstlern, sondern "Künstler helfen Künstlern".

Bei aller Anerkennung der Leistungen der Stadt Wien denke ich, so weit sollte es doch nicht kommen. Die Rednerin bittet abschließend die Parteien, für eine Erhöhung der genannten Beträge zu stimmen. Sie ersucht auch, nicht wie bisher im Kulturausschuß einen Großteil der Posten als vertraulich zu behandeln (Beifall beim WdU.)

GR. Dr. Matejka (LBl.) bemängelt gleichfalls, daß der Finanzreferent dieses Hauses der Gruppe Kultur und Volksbildung so wenig zugeachtet hat. StR. Resch hat einmal in seinen Ausführungen gesagt, daß heuer für Kultur und Volksbildung um 6 Millionen Schilling mehr ausgegeben werden sollen als im Vorjahr und außerdem noch 1.8 Millionen Schilling im außerordentlichen Voranschlag vorgesehen sind. Die Mehrausgaben seien aus dem Kultur- und Sportgroschen möglich geworden. Besonders stark sollen die Büchereien und der Körpersport gefördert werden. Bei einer näheren Untersuchung dürfte dieses "besonders stark" jedoch nicht für dieses Jahr sondern für die Zukunft gelten. In der "Arbeiter-Zeitung" stand damals "Verdoppelung des Kulturbudgets". Es wird hier also rein optisch gearbeitet. Wer die Dinge kennt, kann hier absolut nicht von einer Verdoppelung des Kulturbudgets sprechen. Es war der Selbsthilfe aller Sportler, vor allem des Wiener Fußballverbandes zu verdanken, daß sie zu der Einführung dieses Sportgroschens gegriffen haben. Und nun gibt es Leute in der Gemeindeverwaltung, die daraus ein Gesetz machen wollen, um Budgetmittel zu ersparen. Es sollen mit der Einhebung dieses Sportgroschens nicht der Bund, die Länder und Gemeinden ihrer Budgetverpflichtungen enthoben werden.

Der Redner kommt dann auf die Einführung des Sporttotos zu sprechen. Es wurden bereits im Jahre 1945 und 1946 Verhandlungen über das Sporttoto geführt. Es wollten damals bereits Privatleute diese Konjunktur ausnützen und ein gutes Geschäft machen. Es kam aber dann eine lange Pause, die sich bis 1948/49 erstreckt hatte und die dazu diente, daß die politischen Parteien und vor allem die Regierungsparteien sich um die Einflußnahme auf die verschiedenen Posten gestritten haben. Der Redner erinnert an die verschiedenen Parlamentsdebatten über das Sporttoto. Dadurch war kostbare Zeit verloren gegangen. Und genau so war es beim Kulturgroschen.

GR. Dr. Matejka erwähnt, daß er sich bereits in den Jahren nach 1945 mit diesem Selbsthilfeprinzip beschäftigt und auf seine rasche Einführung gedrungen hat. Wenn dies damals geschehen wäre, hätte man nicht nur den Kinogroschen, sondern auch einen Zeitungsgroschen usw. einführen können. Leider kam aber die Einführung dieses Kulturgroschens erst so spät, und die Pleite war schon so groß, daß sämtliche österreichische Zeitungen ständig darüber berichteten.

Im Juli vorigen Jahres wurde auf die große Gefahr, die hier bevorsteht nachdrücklich aufmerksam gemacht. Damals waren die Theaterdirektoren zu einer entsprechenden Gegenleistung bereit. Man hat aber diesen Vorschlag abgelehnt. Erst im März dieses Jahres, also mitten in der Saison, greift man endlich die Anregung auf und führt eine Aktion durch. Sie sehen also auch hier wieder eine Verschleppung.

GR. Dr. Matejka ging dann näher auf die von der Stadt Wien angeregte Aktion ein. Er betonte, daß diese Lösung nur ein Beginn sein kann und erinnerte daran, daß er immer wieder darauf aufmerksam gemacht habe, daß der gesamte Komplex nur auf einmal behandelt werden kann. Nur so könne die Theaterkrise bereinigt werden. In diesem Zusammenhang gab der Redner die Anregung, daß sich die Wiener Stadtverwaltung auch um die Bundestheater kümmern möge, die ja vor allem für die Wiener da sind. Die Stadt Wien muß einen mitbestimmenden Einfluß auf die Bundestheater haben. Eine Regelung in einzelnen Etappen ohne einen innigen Kontakt der Stadtverwaltung mit der Bundestheaterverwaltung ist nicht möglich.

GR. Dr. Matejka kam auch wieder auf das Projekt der Vergenossenschaftlichung der Privatbühnen zu sprechen und bedauerte, daß gerade die Gewerkschaft nicht dafür eingetreten ist. Er bemängelte ferner in diesem Zusammenhang, daß die Gewerkschaft jede Werbung für ein anderes Theater als das Volkstheater, abgelehnt hat.

Der Redner regte sodann auch eine systematische Zusammenarbeit mit dem Rundfunk an.

Schließlich wies GR. Dr. Matejka nochmals dringend darauf hin, daß den Theatern nicht in Etappen sondern nur mit einem grossen umfassenden Plan geholfen werden kann.

Auf die einzelnen Posten der Geschäftsgruppe eingehend, wendet sich der Redner gegen die in der Einleitung zum Budget enthaltene Feststellung, daß die Musiklehranstalten, die Modeschulen, die Büchereien, die Landesbildstelle und der Körpersport eine große Belastung für das Gemeindebudget bilden. Es sei nur mit Unzulänglichkeit zu erklären, daß man erklärt, die Belastung der Stadt Wien aus dem Betriebe dieser Einrichtungen sei beispielsweise höher als das Erträgnis sämtlicher Verwaltungsabgaben, Kommissionsgebühren und Amtstaxen, die im Bereiche der Verwaltung eingehoben werden.

Auf dem Gebiete der Städtischen Büchereien müsse mit Bedauern festgestellt werden, daß hier eine Stagnation eingetreten sei; die Leserzahl betrug auch im abgelaufenen Jahr nur 30.000. Es müssen mehr Bücher, neue Bücher und von guten Büchern mehrere Exemplare den Büchereien zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Verleihung von Ehrungen und Zuwendungen sei es bei der himmelschreienden Not der letzten Jahre nicht immer möglich gewesen, nur solche Zuwendungen zu bewilligen, die im Sinne der Verfassung als Ehrungen gelten könnten. Als die Gemeinde Wien im Jahre 1947 daran gegangen ist, Ehrenpreise zu stiften, hoffte man, daß sich der Bund nicht weiterhin von solchen Verpflichtungen drücken werde. Von Seiten des Bundes geschieht aber auf diesem Gebiete noch fast gar nichts.

Die Bedeutung der Spende des Industriellenverbandes von insgesamt 1 Million Schilling, werde weit übertrieben. Schädiger könne man die Kunst nicht subventionieren, da die Industriellen unter den verschiedensten Titeln Steuergeschenke in der Höhe von vielen hundert Millionen Schilling erhalten haben.

Der Ravag-Schilling wurde seit 1946 ständig eingehoben, ohne daß man wußte, welchem Zwecke diese Mittel zugeführt werden. Hier müsse eine Novellierung des Gesetzes Platz greifen, denn die große Masse der Bevölkerung, von der diese freiwillig-zwangswise Zusatzsteuer eingehoben wird, hat ein Recht zu erfahren, wohin diese Gelder kommen.

Ganz entschieden müsse man sich dagegen wenden, daß bei Lehrvorführungen in den Musiklehranstalten eine Vergnügungssteuer eingehoben wird.

In den folgenden Ausführungen des Redners, in denen er sich mit der Ägyptenreise der Philharmoniker beschäftigt, kommt es zu heftigen Zwischenrufen und Lärmszenen, als er diese Art von Kultur als brüchig bezeichnet, da man bei den Vorführungen nach Äußerungen des Dirigenten Clemens Krauß mehr Schmuck als Publikum sehen konnte. Man dürfe nicht hoffen, daß nun die freistehenden Hotels mit Gästen aus Ägypten gefüllt werden könnten.

Der Redner wendet sich im einzelnen gegen die kurzfristige Kulturpolitik. Kulturpolitik müsse die breiten Massen des Volkes erfassen. Er bemängelt es, daß die Ausgabensummen für Begabtenförderung, Hochschulstipendien und Subventionen an Künstler nur in der gleichen Höhe wie im Vorjahre präliminiert sind. Er polemisiert gegen Ausführungen von ÖVP-Mandataren im Nationalrat und verweist auf die Gefahr, daß bei einer freien Entwicklung der Kultur nicht das erreicht werden könne, was eines Kulturstaates würdig sei.

Er verweist schließlich im Zusammenhang mit dem Sporttoto auf die einhellige Meinung der drei großen Sportverbände ASKÖ, Union und Allgemeiner Sportverband hinsichtlich der Notwendigkeit der Sportförderung und spricht sich für die Annahme des 11-Punkte-Programmes dieser Verbände aus. In diesem Programm wird u. a. die Schaffung eines Landessportgesetzes und weitgehende Befreiung von Steuern und Abgaben verlangt.

Die kommunistische Fraktion werde weiterhin ihre Bemühungen darauf richten, Kultur und Sport weiterzuentwickeln.

GR. Eleonore Hiltl (ÖVP) befaßt sich zunächst mit den Ausführungen ihres Vorredners, betreffend die Ägyptenreise der Wiener Philharmoniker. Wenn dieser behauptet habe, daß Schmuck das Zeichen der Brüchigkeit einer Kultur sei, dann können wir mit den größten Hoffnungen für unsere Kultur in die Zukunft gehen, denn unser Wiener Volk wurde von diesem Schmuck im Jahre 1945 im vollsten Ausmaß befreit. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen. - Heiterkeit.)

Die Kultur ist in dem Budget sehr armselig dotiert, denn in erster Linie müssen Wohnungen, Arbeit, Nahrung und Kleidung beschafft werden.

Die wichtigste Voraussetzung für eine wirkliche Kulturstadt ist die Freiheit. Diese zu erhalten muß unser gemeinsames Bemühen sein. Man müsse sich fragen, wieso gerade der Vertreter der Partei, die sich ständig gegen das Budget stellt, Forderungen nach zusätzlichen Beträgen stelle.

Wien ist in der ganzen Welt als Kulturstadt bekannt. Wir dürfen diese Kultur aber nicht als etwas Altes betrachten, sondern müssen sie heute wieder lebendig machen.

Kärglich ist vor allem die Denkmalpflege bedacht. Es wurden zwar bereits Fortschritte erzielt, aber viele Denkmäler sind noch nicht wiederaufgestellt worden. Die Rednerin reklamiert die Wiederaufstellung des Alszauberbrunnens im 17. Bezirk und des Mozartdenkmals und kommt auf den Stephansplatz zu sprechen. Die Gestaltung dieses Platzes hat Dauergültigkeit. Sie regt die neuerliche Erörterung dieses Problems vor Stadtsenat und Gemeinderat unter Beiziehung von Fachexperten an, um eine befriedigendere Lösung zu finden. Das Herzstück Österreich ist der Stephansdom. Dieser ist eine Angelegenheit der Kultur dieser Stadt. (Beifall bei den Parteigenossen und den Unabhängigen.) Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß bisher von der Gemeinde Wien für die Wiederrichtung des Stephansdomes herzlich wenig getan worden ist. (GR. Dr. Stemmer: 50 Groschen für jeden Katholiken in Österreich wären genügend! - Vizebürgermeister Weinberger: Sie schalten sich also für Ihre Partei aus dem Kreise der Katholiken aus! - GR. Dr. Ing. Hengl: Dieses Geständnis ist sehr interessant gewesen! - Vizebürgermeister Weinberger: Ein sehr wichtiges Geständnis! - GR. Dr. Ing. Hengl: Der Mentasti soll das den Bauern draußen erzählen!) Rednerin bringt einen Antrag ein, der zuständige Amtsführende Stadtrat werde aufgefordert, daß für den Wiederaufbau des Stephansdomes im Jahre 1950 eine Häusersammlung in Wien genehmigt werde. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Hiltl befaßt sich hierauf mit einzelnen Posten dieser Verwaltungsgruppe. Die Städtischen Sammlungen und das Historische Museum befinden sich in ungeeigneten Räumen in einem unwürdigen Zustand. Es wäre vielleicht gut gewesen, statt ein neues Kino zu bauen, dort die Sammlungen unterzubringen.

Sie regt eine Berücksichtigung dieser Frage bei zukünftigen Bauten an. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Wiener Stadtbibliothek. Es ist traurig, daß die Städtischen Büchereien keine Pflichtexemplare erhalten. Erfreulich ist es, daß die Volksbildung in Wien in den letzten Jahren einen breiten Aufschwung genommen hat. Hier sei Planung notwendig, aber auch eine freie Entwicklung müsse Platz greifen können. Der Zentralverein der Volksbildungsvereine gebe die Möglichkeit einer vernünftigen Zusammenarbeit. Es sei nun auch eine vernünftige Subventionierung durch die Gemeinde Wien notwendig.

Vor allem müssen die Volksbildungshäuser, die weitab von der Zentrale in den Bezirken liegen, unterstützt werden. Die Städtischen Büchereien sind noch zu wenig bekannt, aber auch der Bücherstand ist noch ungenügend, wie eine Leserschaft von nur 26.000 zeigt. Sie werden aus den Steuern der ganzen Bevölkerung subventioniert und müssen daher der gesamten Bevölkerung zustehen und zusagen. Rednerin möchte wissen, nach welchen Gesichtspunkten bei den Ankauf von neuen Werken vorgegangen wird und von welchen Verlagen sie angekauft werden. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die völlig unzulänglichen Unterstützungen der Gemeinde an alte erwerbslos gewordene Künstler und appelliert, diese Beträge zu erhöhen.

Sie begrüßt es, daß der Gemeinde Wien aus dem Kultur Groschen namhafte Beträge für die Unterstützung der kulturellen Einrichtungen der Stadt zur Verfügung stehen, und spricht im Zusammenhang damit über die Krise der Wiener Theater. Es sei zu begrüßen, daß endlich einmal der Versuch gemacht werde, die Theater auf dem Wege der Publikumsorganisation zu sanieren. Es werde nun Sache der Wiener Bevölkerung sein, zu zeigen, ob sie gewillt ist, durch diese Organisation mit Hilfe der Subvention aus dem Kultur Groschen ihre Theater zu unterstützen.

Setzen wir alles daran, daß wir gemeinsam durch Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Kultur unserer Stadt wieder heben. Seien wir vor allem bemüht, konstruktive Politik zu leisten! Stören wir nicht durch negative Kritikelei eine positive Aufbauarbeit.

Rednerin schließt mit einem Ausspruch des Wiener Schriftstellers Wolfgang Schmältzl aus dem Jahre 1548: Wer sich zu Wien nicht nähren kann, ist überall ein verdorbener Mann! Wer mit gutem Willen hier in Wien leben will, kann es auch. Wien soll in Zukunft wieder werden Mittelpunkt eines kulturell freien Österreichs und Europas. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

GR.Frieda Nödl erklärt, daß sie zur Sache sprechen und keine Versammlungsrede ähnlich GR.Matejka halten will, da sie als sozialistische Mandatarin ohnedies oft die Möglichkeit habe, vor einem großen Teil der Wiener Bevölkerung zu sprechen. Die Rednerin stellt zu dem seinerzeitigen Zwischenruf des GR.Dr.Stemmer fest, daß dieser vom Vizebürgermeister schlecht verstanden worden sei. GR.Dr.Stemmer und die Sozialistische Partei sind nicht gegen die Katholiken. Es war lediglich gemeint, daß, wenn jeder erwachsene österreichische Katholik 50 Groschen beisteuern würde, eine Summe von 1,250.000 Schilling zusammen käme. Damit könnte man 250.000 Ziegel à 5 S bezahlen. Es wäre dies also eine Lösung dieses Problemes, das uns alle in dieser Stadt bewegt, nicht nur die Österreichische Volkspartei. Die SPÖ hat es in allen Jahren bewiesen, daß sie für eine demokratische Verwaltung eintritt, daß wir Wiener sind, daß wir unsere Stadt lieben und daß wir sie sogar mit unserem Leben verteidigen würden. (Zwischenruf Vbgm.Weinberger: Andere auch!)

Die Rednerin kommt auf die große Not der Nachkriegszeit zu sprechen, in der es vor allem darauf ankam, den Hunger zu stillen. Allmählich lebt jedoch die Bevölkerung wieder auf und will etwas Freude und Schönheit. Deshalb sei die Verwendung des Kultur Groschens für die Theater sehr zu begrüßen, da es dadurch auch der breiten Masse des Volkes möglich ist, zu erschwinglichen Preisen ins Theater zu kommen. GR.Nödl spricht auch ihre Genugtuung darüber aus, daß die finanzielle Notlage der Wiener Symphoniker durch einen größeren Anteil am Kultur Groschen behoben werden soll.

Sie drückt die Hoffnung aus, daß die Künstler dieses Orchesters ihre Kunst bei besonders festlichen Anlässen hinaus in Siedlungen, größere Wohnhausanlagen oder in Fabriken tragen, damit auch Menschen, die nicht die Möglichkeit haben, Konzertsäle zu besuchen, diese herrliche Musik einmal genießen können.

Die Rednerin spricht dann von der Unzulänglichkeit des Radios, daß dazu mißbraucht wird, um feindliche Propaganda gegen verschiedene Staaten, nicht nur gegen Österreich zu betreiben. Es wurde zu einer Propagandamaschine für fremde Staaten herabgewürdigt. Wenn dann einmal österreichische Sendungen sind, dann bringen diese oft nicht wirkliche Kunst. Sie richtet das Ersuchen an Stadtrat Mandl, er möge sich dafür einsetzen, daß das Kulturamt der Stadt Wien mehr Einfluß bei der Programmgestaltung der Ravag erhält. Die Rednerin bekräftigt, daß vom Ravagschilling, der ja größtenteils in Wien aufgebracht wird, nichts für Wiener Kulturstätten und Wienerkunst verwendet wird. GR. Nödl erwähnt sodann die Volksbildungshäuser, die den einzelnen Menschen helfen sollen, sich zu bilden und ihr Wissen zu bereichern. Sie kommt dann auf die Städtischen Büchereien zu sprechen. Sie wurden vor 1934 als Arbeiterbüchereien geschaffen. Von den vielen wertvollen Büchern dieser Bibliotheken wurden 1934 und später 1938 leider viele vernichtet. Nach dem Krieg war nur mehr ein ganz kleiner Rest dieser Arbeiterbüchereien vorhanden. Die Sozialistische Partei hätte das Recht gehabt, dieses ihr Eigentum zurückzufordern. Aber die Sozialisten sind der Meinung, Bildung soll nicht nur für Sozialisten da sein, sondern für das ganze Volk.

Besonders begrüßt es die Rednerin, daß Singen und Musizieren in die breiten Volksmassen getragen werden sollen. Es ist erfreulich, daß für die Musikförderung in unserer Stadt besondere Vorsorge getroffen wurde. Auch die Modeschule der Stadt Wien hebt die Rednerin hervor. Es wird jungen Mädchen dort die Möglichkeit gegeben, sich vom 14. bis zum 16. Lebensjahr allgemeine Bildung anzueignen und erst dann ihre Berufswahl zu treffen. Vielleicht ist es möglich durch besondere Subventionen besondere Talente zu fördern und nicht nur die Kultur unserer Stadt zu verbreiten, sondern auch für die Wirtschaft Kräfte heranzuziehen, die die Möglichkeit schaffen, den Export in finanziell gut gestellte Länder zu vergrößern. Erfreulich an den Modeschulen ist auch, daß sie

schon jetzt versuchen mit anderen Einrichtungen unserer Stadt Hand in Hand zu arbeiten. So zeichneten Schülerinnen der Modeschule Werbeplakate für die Städtischen Büchereien.

Die Stadt Wien hat aber nicht nur die Aufgabe, junge Talente zu fördern, sondern muß auch die großen Werte, die in unserer Stadt vorhanden sind, entsprechend pflegen. Die Rednerin verlangte, daß die Städtischen Sammlungen und Stadtbibliothek der breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt werden. Sie wies auch auf die Raumnot hin, unter der die Städtischen Sammlungen leiden und gab die Anregung, bei Gelegenheit ein städtisches Museum, beispielsweise in der Neuen Hofburg, einzurichten. Gleichzeitig wäre es auch notwendig, neue Räumlichkeiten für die Stadtbibliothek einzurichten, damit die Volkshalle im Rathaus für andere Zwecke frei wird.

GR. Frieda Nödl unterstützte auch die Forderung, den Fremdenverkehr stärker auszubauen. Sie gab in diesem Zusammenhang ihrer Befriedigung Ausdruck, daß im Schloß Pötzleinsdorf eine Jugendherberge errichtet wurde.

Zu dem Kapitel Ehrungen und Ehrenpensionen begrüßte sie, daß in dieser Rubrik 56.000 S mehr ausgewiesen werden.

Die Rednerin kam dann auf die von der Stadt Wien veranstalteten Ausstellungen zu sprechen und bemängelte im besonderen, daß bei der Ausstellung "Die Wienerin" nicht auch die arbeitende Frau berücksichtigt wurde. Eine Förderung verlangte die Rednerin auch für die Heimatmuseen, die in fleißiger Arbeit wieder aufgebaut werden. Sie erwähnte besonders das von Direktor Pemmer in seiner Wohnung in der Juchgasse im 3. Bezirk eingerichtete wertvolle Pratermuseum.

Abschließend stellte die Rednerin fest, daß Wien wieder zur Metropole der Kultur und zu einer Stadt wird, die wir lieben werden, wenn alle wollen und arbeiten und nicht nur zum Fenster hinausreden.

GR. Vlach (ÖVP) beschäftigt sich mit Problemen des Körpersportes und begrüßt es, daß zum ersten Mal für den Bau von Sportanlagen 400.000 S zur Verfügung gestellt werden. Auch für die Kriegsschädenbehebung an Sport- und Spielplätzen ist das Doppelte des Vorjahres, nämlich 500.000 S, vorgesehen. So wird wenigstens wieder ein Teil der durch den Sport einfließenden Mittel dem Sport zugeführt.

Dem Abendturnen soll besonders bei der Neueinrichtung und Installation von Turnsälen Rechnung getragen werden, wenn die Turnsäle auch in erster Linie den Kindern zu dienen haben. Leider war es noch nicht möglich, dem alten Wunsch der sportfreudigen Wiener Bevölkerung zu entsprechen: Jeder Wiener in fünf Minuten auf einen Sportplatz!

Der Redner verweist auf die unverständliche Tatsache, daß von 60 gemeindeeigenen Sportplätzen einer bedeutenden Sportorganisation wie der Sport- und Turnunion nur 3 Sportplätze zur Verfügung gestellt werden (Hört! Hört!-Rufe bei der Volkspartei), obwohl sie immerhin über 20.000 aktive Sportler in ihren Reihen hat, darunter eine große Zahl von Sportlern und Sportlerinnen von internationaler Bedeutung, die im Inland und Ausland für unser Vaterland große Erfolge errungen haben. Es soll anerkannt werden, daß unseren Sportlern keinerlei Paß- und Visaschwierigkeiten bereitet werden und daß sie nach Weltmeisterschaften immer wieder gern in dieses "kapitalistische und imperialistische" Land zurückgekehrt sind. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP). Bei dieser Gelegenheit spricht er den Sportlern aller Richtungen, die Österreich im abgelaufenen Jahr im Inland und Ausland so würdig vertreten haben, den Dank aus. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.) Vor allem gebühre diese Anerkennung den Sportlerinnen und Sportlern, die Österreich in Aspen vertreten haben, da sie nicht nur durch ihre rein sportlichen Erfolge dem Ansehen Österreich neuen Glanz verliehen haben, sondern auch durch ihr persönliches Auftreten von einer Kultur zeugten, wie sie in Österreich nach wie vor lebt. (Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)

Der Redner setzt sich für die Schaffung eines selbständigen Sportamtes in der Stadtverwaltung ein, da dies für eine Stadt vom Range Wiens zweifellos berechtigt sei. Das längst überholte derzeit in Geltung stehende Sportgesetz Wiens sollte einer Reform unterzogen werden. Manche Bundesländer seien da der Bundeshauptstadt schon weit voraus.

Im Hinblick auf die im Stadionbad zur Veranstaltung kommenden Europameisterschaften begrüßt GR. Vlach den Bau einer neuen Eisenbetontribüne, die einer erhöhten Besucheranzahl die Möglichkeit geben wird, an diesem großen sportlichen Ereignis teilzunehmen.

Im Stadionbad wäre der Bau eines dritten großen Bassins dringend erforderlich, da an schönen Badetagen auf einen Quadratmeter Wasserfläche drei Besucher kommen. (Stadtrat Kritsch: Das ist alles schon beantragt!)

Der Fußballländerkampf gegen die Schweiz hat wieder einmal vor Augen geführt, daß das Wiener Stadion über ein unzureichendes Fassungsvermögen verfügt. (GR. Pfoch: Gegen Eure Einwändungen ist es im Jahre 1934 gebaut worden und jetzt ist es Euch zu klein! - Vizebürgermeister Weinberger: Der jüngste an Jahren ist der älteste an Geist! - Weitere lebhafté Zwischenrufe und Gegenrufe zwischen den Gemeinderäten der ÖVP und SPÖ.)

In Wien mache sich auch das Fehlen einer Sporthalle unangenehm bemerkbar. Der zuständige Stadtrat möge an ihn herangetragene Projekte einer wohlwollenden Behandlung zuführen.

Niemand dürfe sich der Einsicht verschließen, daß der Sport für unsere Zukunft von eminenter Bedeutung sei. Der Sport ist das Betätigungsfeld für unsere Jugend, und diese Jugend ist unsere Zukunft, ist die Zukunft Österreichs! (Starker Beifall bei der ÖVP.)

GR. Planek (SPÖ) ergänzt die Ausführungen des Stadtrates Mandl, daß zwischen den Kulturschaffenden und Kulturgenießenden eine Brücke geschlagen werden müsse, dahin, daß in Österreich in stärkerem Maße als bisher "Volkskultur" gepflegt wird. Kultur dürfe heute nicht mehr das Privileg einer bestimmten Schichte sein, sondern muß dem gesamten Volke zugute kommen. Diese ureigenste Aufgabe gegenüber dem gesamten Volke wird von vielen Künstlern vielfach vernachlässigt.

Wenn die Gemeinderätin Burian davon gesprochen habe, daß wir arm, sehr arm geworden sind, dann habe sie dies als Sprecherin derjenigen getan, die die Sozialisten als die Schuldigen an dieser Armut bezeichnen. (Beifall bei der SPÖ.) Es sei auch eine Frage der Kultur, ob man sich zu dem bekannt, was seit Jahrtausenden als Kultur gegolten habe, oder zu jenem ungeheuren Rückfall, den wir als Faschismus bezeichnen. (Rufe bei der SPÖ: Barbarei!)

Der Faschismus sei eine Art sozialer Barbarismus, eine Form, die auf das Tiefste verdammt werden muß. Die GR.Burian müsse in diesem Hause erst beweisen, daß sie nicht zu diesen Faschisten zählt, vorher dürfe sie nicht von Kultur reden. (GR.Burian: Da werde ich Sie fragen müssen!)

Der GR.Dr.Matejka habe kein Recht, das Kulturbudget als eine Augenauswischerei zu bezeichnen, da 1948 2.8 Millionen, in diesem Jahr jedoch 12 Millionen für dieses Ressort präliminiert sind.

Der Plan des Stadtrates Mandl für die Schaffung einer Publikumsorganisation zum Besuche der Wiener Theater, werde sich sicherlich günstig auswirken. Die Theaterdirektoren müssen nun trachten, vor allem über die Kulturorganisationen möglichst viel Publikum zu gewinnen, andererseits werden sie gezwungen sein, gute und zugkräftige Stücke zu bringen.

Zu den Ausführungen der Gemeinderätin Hiltl, daß die Denkmalpflege mehr berücksichtigt werden müsse, erklärt der Redner, sie müsse es wohl dem Amtsführenden Stadtrat überlassen, zu beurteilen, was notwendiger ist. (GR.Lifka: Welchen Rang hat der Mozart bei Ihnen? - Stadtrat Resch: Auf jeden Fall nach den Kinderspielplätzen!)

Vizebürgermeister Weinberger habe scheinbar mit Befriedigung den Zwischenruf wegen der Katholiken aufgegriffen, um schreiben zu können, daß die Sozialisten katholikenfeindlich sind. (GR.Lifka (ÖVP): Lesen Sie die letzte Nummer der "Welt der Arbeit!") Die Sozialisten seien nicht gewillt, der ÖVP hier billige, parteipolitische Argumente zu verschaffen. (Lebhafte Zwischenrufe.) Sie vertreten nur die Auffassung, daß es nicht darauf ankommt, ob jemand Katholik oder Protestant sei, sondern darauf, ob einer wirklich christlich handelt. (Starker Beifall bei der SPÖ) Diejenigen, die mit den tiefsten Gefühlen und Bedürfnissen der Menschheit ein politisches Geschäft machen, handeln nicht als Christen! (Zustimmung bei den Parteigenossen.)

In der Volksbildung besteht ein gutes Zusammenarbeiten aller. Die Gesellschaft der Bildungsfreunde hat ihre Mission erfüllt. Die vornehmste Aufgabe der Volksbildung besteht darin, alle Einrichtungen auf diesem Gebiete zu koordinieren. Der neue Amtsführende Stadtrat ist auf dem rechten Weg, wir werden ihn

unterstützen. Die Demokratisierung dieser Verwaltungsgruppe hat Fortschritte gemacht.

Wir alle haben den Wunsch, die breiten Massen zu guter Musik zu führen, zu einer eigenen sportlichen Tätigkeit, zu eigenkünstlerischer Tätigkeit, zu geistigem Bemühen anzuregen. Volksbildung ist nicht Angelegenheit eines Amtes, sondern sie ist Selbstbildung des Volkes mit Hilfe öffentlicher Stellen. Wir werden uns bemühen, der Stadt Wien das zu geben, was sie will: eine wirkliche Volkskultur! (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Amtsführender Stadtrat Mandl hebt in seinem Schlußwort hervor, daß für den Sport Mittel in einer Höhe wie nie bisher gegeben werden. Hinsichtlich der Theater herrsche einhellig die Auffassung, daß das unternommene Experiment richtig sei. Zu der Anfrage der GR. Burian erklärt er, es sei in der Geschäftsordnung vorgesehen, daß alle Geschäftsstücke, die sich mit Einzelpersonen beschäftigen, vertraulich sind, sie würden daher auch in Zukunft vertraulich behandelt werden. (GR. Doppler, (WdU): Das ist für einen gewählten Mandatar sehr traurig!) So steht es in der Geschäftsordnung. (GR. Doppler: Dann ist es eben nicht richtig demokratisch! - Lebhaftige Gegenrufe bei den Sozialisten. - GR. Doppler: Vielleicht können sie noch etwas lernen, das ist ja möglich!) Es ist interessant, daß der Schrei nach Demokratie immer von der Seite kommt, von der wir im allgemeinen wissen, daß sie alle Dinge der faschistischen Aera deckt. (Lebhaftige Zwischenrufe - Ruf bei den Kommunisten: Die Gasöfen habt Ihr sehr vertraulich gehalten! - GR. Doppler: Was hat denn das damit zu tun?)

Den Antrag der GR. Hiltl empfiehlt der Berichterstatter der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Kultur, schließt er, ist nicht nur eine Frage des Geldes. Wichtiger ist es vielleicht, daß man das richtige Herz hat, die Bevölkerung für all das Schöne, Gute und Edle in dieser Stadt aufzuschließen. Eine meiner Hauptaufgaben ist es, an das Herz der Menschen zu appellieren. Öffnen auch sie ihr Herz und helfen sie mit, uns in dieser Arbeit weiterzubringen! (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Bei der Abstimmung wird die Verwaltungsgruppe: Kultur und Volksbildung, unverändert angenommen.

Der Antrag der GR. Hiltl, betreffend eine Haussammlung für den Wiederaufbau des Stephansdomes, wird dem zuständigen Gemeinderatsausschusses zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Gemeinderat geht nun in die Beratung der Geschäftsgruppe IV: Wohlfahrtswesen, ein.

Berichterstatter Vizebürgermeister Honay: Unter der sozialdemokratischen Verwaltung wurde Wien nach dem ersten Weltkrieg zu einem wirklichen Mekka der sozialen Fürsorge. Wir haben auf diesem Gebiete nicht nur große Neuschöpfungen vollbracht, sondern wir sind vielfach bahnbrechend auf sozialem Gebiete gewesen. Unsere großen Leistungen für das Kind haben in der ganzen Welt Bewunderung und Anerkennung gefunden. Der Berichterstatter verweist auf die zahlreichen vorbildlichen sozialen Leistungen der Gemeinde Wien für die Kinder, Alten und Kranken. Er wendet sich dagegen, daß die christlich-soziale Opposition diese Arbeit als Fürsorgeinflation bezeichnet hat.

Dieses stolze Erbe einer schöpferischen Epoche hat der nationalsozialistische Krieg fast restlos zerstört. Als wir im Jahre 1945 wieder in dieses Haus eingezogen sind, waren auf dem sozialen Gebiet geradezu grauenhafte Zustände vorhanden. Seither sind wir ein schönes Stück vorwärts gekommen. Das Fürsorgebudget ist auf über 200 Millionen gestiegen.

Durch die zwei Weltkriege ist eine geradezu katastrophale Vergreisung unserer Bevölkerung eingetreten. Im Jahre 1910 sind auf 1000 Einwohner dieser Stadt nur 73 Menschen über 60 Jahre gekommen, im Jahre 1940 waren es 207; zwischen 50 und 60 Jahren fielen im Jahre 1910 auf 1000 Einwohner nur 85, 1949 172; zwischen 40 und 50 Jahren 1910 119, 1949 187; zwischen 30 und 40 Jahren 1910 172, 1949 nur mehr 119; zwischen 20 und 30 Jahren 1910 206, 1949 118; zwischen 14 und 20 Jahren 1910 116, 1949 nur mehr 42 auf je 1000 Einwohner. Trotz des allmählichen Ausscheidens der Sozialrentner können wir daher in der nächsten Zeit nicht mit nennenswerten Abgängen rechnen.

Gegenwärtig hat die Gemeinde Wien 30.345 Dauerbefürsorgte, für die 44,8 Millionen vorgesehen sind. Vizebürgermeister Honay spricht unter dem lebhaften Beifall des Gemeinderates den Fürsorgegeräten den herzlichsten Dank für ihre harte und vielfach undankbare Arbeit aus. In 4.387 Sprengeln sind 3.689 Männer und Frauen auf diesem Gebiete tätig.

Auf dem Gebiete der Kindergärten und Horte haben wir einen

schönen Fortschritt zu verzeichnen. 1945 waren nur 18 Kindergärten betriebsfähig, gegenwärtig haben wir 136. Ende 1950 werden wir 145 Kindergartenobjekte und Horte haben. Der Aufwand für das Kindergartenwesen beträgt 26,5 Millionen. In den Städtischen Kindergärten werden ungefähr 9000 Kinder betreut, zu denen noch 673 Kinder von Flüchtlingen kommen. In Flüchtlingslagern werden 3.388 erwachsene Flüchtlinge von der Gemeinde betreut. Erhebungen in den Horten haben ergeben, daß von 2.880 Kindern 1.002 ohne Väter sind und nur die Hälfte in einem eigenen Bett schlafen. Daher muß gerade auf diesem Gebiet mehr als bisher geschehen. Mit Beginn des neuen Schuljahres soll auch wieder ein Jahrgang für die Ausbildung der Kindergärtnerinnen eröffnet werden.

Die Zahl der Armeekinder nimmt ununterbrochen zu. Gegenüber 1948 ist mit Ende 1949 eine Zunahme von 271 festzustellen. Gegenwärtig hat die Gemeinde Wien 1.810 Armeekinder zu betreuen. Auf Amerikaner entfallen 769, auf Russen 621, auf Engländer 288 und auf Franzosen 130. Unverändert ist die Zahl von zwei kleinen Negerlein geblieben.

Im Jahre 1946 betrug die Zahl der an der Schulausspeisung teilnehmenden Kinder rund 65.000, heute nur mehr 43.000. Dies ist auf ein freiwilliges Abbröckeln infolge der Ernährungsverhältnisse zurückzuführen. Es bestehen 22.000 Freiplätze, von denen die UNICEF bis zum 30. Juni d. J. 15.000 bezahlt. Der Berichterstatter spricht der UNICEF dafür den Dank aus und stellt eine grundlegende Reform der Schulausspeisung in Aussicht, die darin bestehen soll, daß die Kinder nicht mehr nur zusätzlich gespeist werden, sondern ein volles Mittagessen bekommen sollen.

Ein besonderes Kapitel sind die Pflegekinder. Ihre Zahl ist ständig im Ansteigen. Gegenwärtig gibt es 5.850 städtische Pflegekinder, von denen 1901 in eigenen und 1803 in privaten Heimen untergebracht sind. Die Verpflegskosten allein in den privaten Heimen sind von 5.4 Millionen Schilling auf 7 Millionen Schilling gestiegen. Nur 2146 Kinder sind in Familienpflege. Vbgm. Honay spricht von den ständigen Bemühungen, die Pflegeplätze zu vermehren, denn die beste Anstaltspflege kann die Familienpflege nicht ersetzen.

Die Zahl der Stipendien von 900 wird aufrechterhalten, es sind dafür 900.000 Schilling vorgesehen. Auch die unentgeltliche Ausgabe von Säuglingswäschepaketen und Vornahme der Wassermannuntersuchung wird fortgesetzt. Für 1950 sind 1.7 Millionen Schilling angesetzt. Der Ausbau der Mutterberatung hat den Höhepunkt erreicht. Gegenwärtig haben wir 80 Mutterberatungsstellen, 44 davon sind in den alten Gebietsteilen von Wien und 37 in den Randgemeinden. Außerdem haben wir in den Randgemeinden noch eine fahrbare Mutterberatungsstelle. In den Mutterberatungsstellen ist ein gewisser Rückgang der Frequenz zu verzeichnen, der teilweise darauf zurückzuführen ist, daß dort keine ausländischen Lebensmittelspenden mehr aus gegeben werden können; fernerhin besteht ja auch eine gewisse Konkurrenz mit den Krankenkassen, die ebenfalls Mutterberatungen usw. eingeführt haben. So wurden 1947 245.002, 1948 185.907 und 1949 nur mehr 121.219 Mütter in diesen Stellen untersucht. Eine bedauerliche Erscheinung ist die ständige Zunahme der Amtsmündel. 1947 wurden 23.314 Mündelkinder betreut, 1948 25.112 und jetzt 27.619, wobei ungefähr 200 eheliche Kinder. Die Väter müssen jedoch zur Zahlung der notwendigen Alimente verhalten werden, da die Zahlungswilligkeit dieser Leute immer geringer wird.

Der Redner spricht dann von der Aktion "Jugend am Werk", die rund 500 Mädchen und Burschen in diesem Jahr umfassen wird. Im Voranschlag sind für diese Aktion 730.000 Schilling vorgesehen, denen Einnahmen von 113.000 Schilling gegenüberstehen. Von diesen 113.000 Schilling wurden rund 90.000 Schilling von der Gemeinde Wien gezahlt und zwar für Arbeiten, die in Kindergärten, Parkanlagen usw. geleistet wurden.

Besonders wichtig ist auch die Fürsorge für körperbehinderte. Gegenwärtig werden 450 Zivilblinde, 350 Taubstumme, 1200 Körperbehinderte und 250 Sprach- und Gehörbeschädigte betreut. 1949 wurden an ärztlichen Behelfen, Fahrscheinen und dergleichen rund 700.000 Schilling aufgewendet. Eine Million Schilling soll hauer für die Betreuung der Körperbehinderten verwendet werden. Für die Obdachlosenfürsorge sind 3.8 Millionen Schilling vorgesehen.

Es ist ein starkes Absinken der ausländischen Hilfsaktionen zu verzeichnen. 1949 konnten noch 37.800 Menschen mit Kleidern von ausländischen Aktionen beteiligt werden und 109.228 mit Lebensmittelspenden.

Schweden, Schweiz und UNICEF hören mit ihren Aktionen auf. Wir werden uns daher auf eigene Füße stellen müssen. Der Redner meint, daß man das Sprichwort "Die Kultur eines Volkes kann nach dem Seifenverbrauch gemessen werden", dahingehend ändern kann, indem man sagt, daß die Höhe der Kultur eines Volkes darin zu suchen ist, wie es für seine Mütter, seine Kinder, Kranken und Greise sorgt. Fürsorge ist für die Verwaltung ein Zweig sittlicher Notwendigkeit. Der Befürsorgte muß das Gefühl haben, daß der Fürsorger das möglichste leistet, daß es gerne geschieht und in einer Form geschieht, die der Menschenwürde entspricht. In dieser Form wurde auch das Budget für diese Geschäftsgruppe aufgestellt.

In der Debatte sprach zunächst GR. Martha Burian (WdU). Sie betonte vor allem im Namen ihrer Fraktion, daß sie die Ansätze des vierten Hauptstückes auf das wärmste begrüße. Sie wolle nur eine Anregung geben und eine Frage stellen. Bei den Altersheimen sind für das Jahr 1950 5630 Betten vorgesehen, während es 1937 fast 9000 waren. Es wäre vielleicht doch anzustreben, diese Höhe wieder zu erreichen. Gleichzeitig sollte man auch einen Typ von Altersheimen wie zum Beispiel im 18. Bezirk am Aumannplatz schaffen, wo den alten Leuten eigene Zimmer zugewiesen werden, die sie mit den eigenen Möbeln bewohnen können. Dadurch wäre es auch möglich, einiges an Wohnraum zu gewinnen.

Weiter stellte die Rednerin die Frage, warum die Bettenanzahl in den 19 Erziehungsheimen der Stadt Wien gegenüber dem Vorjahr verringert wurde. Die Erziehungsbedürftigkeit der Jugend dürfte kaum geringer geworden sein.

GR. Lauscher (Linksblock) knüpfte seine Rede an die Bemerkungen des Referenten über die Leistungen der Fürsorge unter Prof. Tandler an. Er wies darauf hin, daß die Gemeinde Wien früher auf dem Gebiet des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens eine vorbildliche Politik betrieben hat. Wenn man unter diesem Gesichtspunkt die Ansätze des vierten Hauptstückes betrachtet, muß man feststellen, daß sie außerordentlich dürftig sind und daß die Veränderungen in den Lebenshaltungskosten in keiner Weise berücksichtigt wurden.

Schon im Vorjahr hat der damalige Amtsführende Stadtrat Dr. Freund darauf hingewiesen, daß die Mittel, die zur Verfügung stehen, zu gering sind, um allen Wünschen gerecht zu werden. Bei den Ansätzen für 1950 muß man leider konstatieren, daß es dieses Jahr um das Wohlfahrtswesen noch schlechter bestellt sein wird als im Jahr 1949.

Hierauf ging der Redner näher auf die einzelnen Posten ein. Die Verwahrlosung unserer Jugend durch die Kriegs- und Nachkriegserscheinungen ist zu einem Problem geworden, das dringende Maßnahmen vorbeugender Art erfordert. Besonders die amerikanischen Filme seien es, die man als eine Schule für das Verbrechertum bezeichnen müsse. Jeder Lehrer und jede Fürsorgerin kennt die zunehmenden Erziehungsschwierigkeiten bei den Kindern. Die entsprechenden Fürsorgeeinrichtungen sind jedoch nicht gegeben. Die Jugendämter dürfen z.B. das Wohnungsamt nicht auf besonders krasse Fälle von Wohnungsnot aufmerksam machen. Die Stadt Wien hat auch noch immer keine städtische Trinkerfürsorge errichtet. Die Kinder dem Einfluß der Straße zu entziehen, ist eine der vornehmsten Aufgaben der städtischen Fürsorge. Dazu braucht man aber Kindergärten und Kinderhorte, Fürsorgeanstalten und Pflegeeltern. Stadtrat Dr. Freund hat im Vorjahr bei der Budgetdebatte der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Ende 1949 12.400 Kinder in der Obhut städtischer Kindergärten und Horte gebracht sein werden. Seine Hoffnung ist jedoch nicht in Erfüllung gegangen. Nur 8520 Kinder sind in den Kindergärten und Horten untergebracht. Dabei gibt es heute mehr Kinder im kindergartenfähigen Alter als früher. Die Tatsachen zeigen, daß in den verschiedenen Bezirken nicht einmal jene Eltern, wenn Vater und Mutter berufstätig sind, ihre Kinder in einem Kindergarten oder einem Hort unterbringen können.

Zu dem von Vizebürgermeister Honay entworfenen Kindergartenbau-
programm bemerkte der Redner, daß der dafür vorgesehene Betrag völlig ungenügend sei. Außerdem müsse ein Kindergartenbauprogramm für fünf bis zehn Jahre aufgestellt werden, um die Zahl von Kindergärten zu schaffen, die Wien braucht. Selbstverständlich müssen auch Vorkehrungen getroffen werden, um die entsprechende Anzahl von Kindergärtnerinnen zur Verfügung zu haben. Die Gemeinde hat aber im vergangenen Jahr keine Kindergärtnerinnen neu eingestellt.

GR. Lauscher wandte sich auch gegen die zu hohen Gebühren

in den Kindergärten und sagte, es gäbe heute bereits nicht wenige Arbeitereltern, denen^{es} nur schwer möglich ist, den Beitrag dafür zu bezahlen. Er verlangte mehr Freiplätze und Halbfreiplätze in den städtischen Kindergärten und Horten. Als nicht minder wichtig bezeichnete der Redner die Errichtung von Jugendfürsorgeanstalten und den Ausbau der bestehenden. Es muß heute oft Wochen oder Monate gewartet werden, bis ein gefährdetes Kind untergebracht werden kann.

Ferner bemängelte der Redner die Ausstattung der Jugendfürsorgeanstalten. Schon der rein äußerliche Eindruck ist häufig deprimierend. Es gibt noch zahlreiche Bauschäden und die Inneneinrichtung ist unter jeder Kritik. Mitunter sind die Anstalten auch pädagogisch sehr schlecht geführt. Als Beispiel führte der Redner das Lehrlingsheim im 2. Bezirk, Am Werd an.

GR. Lauscher regte auch an, den Mangel an Pflögestellen bei Familien, der durch eine zu geringe Entschädigung bedingt sei, dadurch abzuheben, daß man die Gebühren auf 250 Schilling erhöht. Dies sei noch immer billiger als die Anstaltsunterbringung, die der Stadt Wien 300 bis 350 Schilling kostet.

Der Redner beschäftigte sich dann mit der Ausgestaltung und Errichtung von Kinder- und Jugendspielplätzen. Dies wurde von dem Referenten völlig vergessen. Es müßte ein ganzes Netz von Jugendspielplätzen geschaffen werden. Viel zu wenig geschieht auch auf dem Gebiet der Erziehungsberatung. Die Fachleute sind schwer überlastet und haben kaum Zeit genug, ein Kind ein zweites Mal kommen zu lassen. Man muß daher mehr Fachleute mit akademisch psychologischer Vorbildung einstellen.

Dürftig wie alle Ansätze sind die Ausgaben für Stipendien. Sie betragen nur wie im Vorjahr 900.000 Schilling.

Im Zusammenhang mit der Aktion "Jugend am Werk" sprach GR. Lauscher über die Frage der Lehrwerkstätten. Der Mangel an Lehrstellen wird immer fühlbarer. So steht vor jedem ernstern Erzieher und jedem ernstern Politiker die Frage: Was kann geschehen, um unserer Jugend die Möglichkeit zu geben, einen Beruf zu erlernen. Auf der äußersten Rechten verteidigt man die Meisterlehre, aber das Rad der Geschichte kann nicht aufgehalten werden.

Die Schaffung geeigneter Lehrstellen ist heute zu einer Aufgabe des Staates und der Gemeinde geworden. Doch auch die Sprecher der Sozialisten wollen die Schaffung von Lehrwerkstätten auf den Bund abschieben. Von dieser Seite könne man jedoch nichts erwarten. Es wird notwendig sein, daß die Stadt Wien sich darüber Gedanken macht und daß Lehrwerkstätten errichtet werden.

Die Erholungsfürsorge für Kinder und Jugendliche ist so gering dotiert, daß heuer weniger Kinder auf Gemeindekosten auf Erholung geschickt werden können als im vergangenen Jahre.

Dasselbe trifft auch für die Erwachsenenfürsorge zu; die Ausgaben für laufende Unterstützungen wurden nur um 2,3 % gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Ausgaben für Aushilfen wurden sogar verringert. Außerdem wurden im Jahre 1949 viele Sozialrentner von der öffentlichen Fürsorge ausgeschlossen, allein im Juni 6.000. Während am 1. Jänner 1947 durch die gehobene Dauerfürsorge noch 41.000 Personen betreut wurden, sind es heute nur mehr 27.000.

Im Hinblick auf die unzureichende Höhe der gehobenen Fürsorgeunterstützung beantragt der Redner die Erhöhung der Höchstsätze von 137 auf mindestens 250 S, wobei natürlich auch die alten Richtsätze für die Gewährung der Fürsorgeunterstützung dementsprechend zu erhöhen wären.

Außerdem stellt der Redner den Antrag, die Budgetpost für laufende Unterstützungen, für die gegenüber dem Vorjahr nur ein Mehraufwand von einer Million Schilling vorgesehen ist, mit 82.000.000 S festzusetzen, um ein Nachziehverfahren für die Unterstützungen zu ermöglichen. Auf Zwischenrufe, wie diese Summe bedeckt werden solle, erklärt der Redner, daß die Verpflichtung, bei Anträgen auch Bedeckungsvorschläge zu machen, nur für den Nationalrat gelte.

Die Richtsätze für die Unterhaltspflicht sollen in Zukunft nicht so rigoros wie bisher gehandhabt werden, da davon junge Ehepaare, die ihre Eltern zu versorgen haben, hart betroffen werden.

Der Redner setzt sich für eine Erhöhung des Taschengeldes der in den Altersheimen Untergebrachten ein, die derzeit in Wien 21 S Taschengeld und 9 S Handgeld erhalten.

Der Linksblock verlange von der Gemeinderatsmehrheit, daß die Wiener Kinder und Jugendlichen vor Verwahrlosung geschützt werden, daß man ihnen in städtischen Lehrwerkstätten eine ausreichende Berufsausbildung ermöglicht; die Begabungen innerhalb der Arbeiterjugend sollen gefördert werden; den Alten soll ein Leben ermöglicht werden, das keinem Bettel gleichkommt, ihr Lebensabend soll ausreichend gesichert werden.

GR. Kowatsch (ÖVP) unterstreicht, es sei ein Beweis dafür, daß dieses Kapitel bei der Budgeterstellung mit Herz und Vernunft behandelt worden sei, daß trotz der notwendigen Einsparungsmaßnahmen für das Wohlfahrtswesen 17,5 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr eingesetzt wurden. Freilich tragen die ausgeworfenen Mittel den tatsächlichen Bedürfnissen keine Rechnung.

Die Gemeinde Wien sei bemüht, den größten Teil ihrer Pflegekinder in Privatpflege unterzubringen, weil dadurch erhebliche Mittel eingespart werden. Außerdem sei es für die Kinder vorteilhafter, wenn sie in der Familie aufgezogen werden und nicht in Anstalten. Es sei begreiflich, daß viele kinderlose Familien, die dazu bereit wären, keine Pflegekinder aufnehmen, weil die von der Gemeinde ausgeworfenen Beträge für die Pflegeplätze viel zu gering sind.

Bei der Abgabe von Pflegekinder an die Pflegeeltern sollen die Kinder ordnungsgemäß untersucht werden. (Zustimmung bei den Parteigenossen.) Der Redner wendet sich dagegen, daß der in einem Teil der für Geisteskranke bestimmten Anstalt in Ybbs untergebrachten sozialistischen Organisation Volkshilfe 150 Kinder in Pflege gegeben werden sollen, die von den Geisteskranken nur durch eine Holzwand getrennt sind. Scheinbar handle es sich hier um eine versteckte Subvention für den Verein Volkshilfe.

Die Gemeinde Wien erspare sich durch die Aufnahme von Kindern in das Heim des Caritasverbandes monatlich rund 60.000 S, wofür diesem Verband der Dank ausgesprochen werden solle. (Beifall bei der ÖVP.)

Er müsse dagegen Einspruch erheben, daß in einer von der Arbeiterkrankenkasse übernommenen Mutterberatungsstelle für 5 bis 10 Kinder zwei Fürsorgerinnen, eine Schwester, eine Ärztin und eine Bedienerin zur Verfügung stehen, während andererseits für den früher von den Schweden geführten Kindergarten auf der

Hohen Warte mit 75 Kindern nur mehr 4 Kindergärtnerinnen beige- stellt werden, seit das Wiener Jugendhilfswerk diese Anstalt übernommen hat. Die Kindergärtnerinnen stehen dort von 7 Uhr früh bis 19 Uhr mit einer eineinhalbstündigen Mittagspause im Dienst und haben außerdem bis 22 Uhr Nachtbereitschaft.

(StR. Resch: In zwei Schichten!) Es werden nur von "Jugend am Werk" Hilfskräfte hingeschickt, um die Kindergärtnerinnen zu entlasten!

Der zuständige Ausschuß habe schon längst eine Erhöhung der Fürsorgerenten ins Auge gefaßt und habe nicht den Gemeinderat Lauscher gebraucht, um auf die ungenügende Höhe der Fürsorgerenten aufmerksam gemacht zu werden. In allernächster Zeit werde eine entsprechende Erhöhung eintreten. (GR. Lauscher: Über die Paktverhandlungen sind wir nicht informiert!) Es sei nicht notwendig, daß der Linksblock hier in solcher Weise zum Fenster hinaus spreche. Auch die ÖVP werde sich freuen, wenn in gemeinsamer Arbeit ein Erfolg zu Gunsten der Befürsorgten erreicht werden kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Es sei unverständlich, daß im Fürsorgewesen eines Bezirkes 20.000 S eingespart und 10.000 S an einen anderen Bezirk überwiesen wurden. (Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP.) In dem betreffenden Bezirk hätte es genügend Befürsorgte gegeben, denen man eine kleine Freude hätte bereiten können.

Der Redner regt an, die aus Haussammlungen und Lotterien eingehenden Beträge noch im gleichen Jahre zum Nutzen der Befürsorgten auszugeben. Weiter spricht er sich für die Reaktivierung des Beirates der Aktion "Jugend am Werk" aus. Allenfalls könnte der Gemeinderatsausschuß der Geschäftsgruppe für das Wohlfahrtswesen als Beirat fungieren, um die ordnungsgemäße Verwendung der für die Aktion ausgeworfenen Beträge zu überwachen. Es wäre hoch an der Zeit, daß die Fürsorgeamtsvorstände, bewz. - Stellvertreter sowie die Fürsorgeräte in ihrer Einführung bestätigt werden. Auch der Redner dankt namens seiner Fraktion den Fürsorgeräten für ihre aufopferungsvolle, selbstlose und unermüdliche Tätigkeit herzlichst. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Er hofft, daß von Seiten der Gemeindeverwaltung auch der materielle Dank nicht ausbleiben werde und verlangt die volle Freikarte für die Fürsorgeräte auf den städtischen Straßenbahnen.

Bei der Einweisung in Lehrlingsheime müsse rigorosere vorgegangen werden, damit nicht Jugendliche, die besser in ein Erziehungsheim passen, in Lehrlingsheime kommen. Die Lehrlings-erzieher müssen entsprechend geschult werden. Den Lehrlingen sollten neben der Arbeitsbekleidung auch Ausgehkleider und bei der Freisprechungsfeier eine entsprechende Gabe der Stadt Wien mitgegeben werden.

Wenn wir für das Wohl der Befürsorgten und der der Gemeinde überantworteten Personen einmütig zusammenarbeiten, wie wir es gewohnt sind, dann können wir mit Ruhe und Freude diesen Voranschlag zur Kenntnis nehmen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

GR. Elfrieda Vavrovsky (ÖVP) hebt den Bedarf an Kleinkindergärten im 1., 3., 10. und 17. und von Kindergärten für größere Kinder im 2., 4., 5. und 6. Wiener Gemeindebezirk hervor. Es wäre im Interesse der dauernd berufstätigen Mütter empfehlenswert, daß monatlich Arbeitsbestätigungen der Mütter verlangt werden, die Kinder in die Kindergärten bringen, da bei der jetzigen langfristigen Vorlage der Bestätigungen eine Kontrolle, ob die Mutter noch in Arbeit steht, nicht möglich ist.

Die Rednerin lenkt die Aufmerksamkeit auf die große Verantwortung der Kindergärtnerinnen, mit der auch die Entlohnung in Einklang gebracht werden müsse. Auch ein Urlaub von 14 Tagen sei im Hinblick auf den großen Verschleiß an körperlichen und seelischen Kräften ungenügend. Die Folge eines zu kurzen Urlaubes ist, daß die Menschen vor der Zeit verbraucht werden und sich krank melden müssen, wodurch der Gemeinde eine große Belastung erwächst.

Ähnlich wie bei den Kindergärtnerinnen liegen die Verhältnisse bei den Fürsorgerinnen. Ihr Stand ist zu gering, um die großen Aufgaben zu bewältigen. Dabei sind gerade diese Menschen ein wesentlicher Faktor in der sozialen Arbeit einer Gemeinde. Die Fürsorgerinnen sind einer großen, vielseitigen Inanspruchnahme ausgesetzt. Sie leisten auch schwere körperliche Arbeit und stehen dauernd in Gefahr, ihre Gesundheit zu verlieren. Ihre Bezahlung steht damit in keinem Verhältnis. Die Rednerin dankt den Fürsorgerinnen und Kindergärtnerinnen für ihre aufreibende Arbeit. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Gerade diese

Menschengruppe, die all ihre Kräfte, Gesundheit und Leben in den Dienst der Jugend und der zu Befürsorgenden stellten, sollte man diesen Dank auch in materieller Hinsicht erstatten. (Erneuter Beifall bei der ÖVP.)

GR. Antonie Alt (SPÖ): Seit fünf Jahren ist die Gemeinde Wien unter sozialistischer Mehrheit bemüht, im Geiste Tandlers Fürsorge zu betreiben und zu fördern. Die Rednerin hebt folgende Fragen hervor: die Säuglingswäscheaktion, die Sorge um die Pflegekinder der Gemeinde, die Kindergärten und die Fürsorge für die alten Menschen. Es ist schon lange auch der Wunsch des Amtsführenden Stadtrates Honay, die Pflegekinder in Familienfürsorge unterzubringen, weil sie dort besser als in Anstalten aufgehoben sind. Auf dem Gebiete der Pflegekinder ist die Gemeinde Wien allen Bundesländern voraus. Sie hat alles unternommen, um diesem Problem im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten gerecht zu werden. Trotzdem hat sie noch zu wenig Pflegestätten.

Die Fürsorgeschule der Stadt Wien ist eine der besten Anstalten zur Heranbildung von Fürsorgerinnen.

Durch die Säuglingswäscheaktion ist eine große soziale Tat gesetzt worden. Wir sind stolz darauf und wissen, daß die Bevölkerung diese Aktion sehr schätzt. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.) Es wurden bereits 14.000 Pakete ausgegeben. Für das Jahr 1950 ist die Ausgabe von 13.000 Paketen vorgesehen.

Die Rednerin spricht ausführlich über den Ausbau der Kinderfürsorge, hebt die Bedeutung der Schaffung von Kindergärten besonders für die Proletarierbezirke hervor, befaßt sich mit der Aktion "Jugend am Werk" und verlangt die endliche Schaffung eines Einweisungsgesetzes, durch das die Einweisung von Lehrlingen in Arbeitsplätze erzwungen werden kann.

Die Rednerin hebt die vorbildliche Fürsorge der Gemeindeverwaltung für die Alten hervor, die nach fünf oder sechs Jahrzehnten eines arbeitsreichen Lebens Anspruch auf einen sorgenfreien Lebensabend haben und dankt allen mit der Fürsorge befaßten Stellen.

Wir wollen, schließt Gemeinderätin Alt, alle zusammenarbeiten und die Fürsorge in dem Ausmaß, wie sie bis heute geschaffen worden ist, für unsere Alten, Bedürftigen, Kranken und Kinder noch weiter ausbauen, so daß die Stadt Wien mit ihrer Fürsorge wirklich ein Vorbild für das Ausland werden kann. (Lobhafter Beifall bei der SPÖ.)

Vizebürgermeister Honay geht in seinem Schlußwort auf die verschiedenen Anregungen ein. Auf den Vorschlag der Gemeinderätin Burian, die alten Leute des Altersheimes Baumgasse in Familienpflege zu geben, erwiderte Vbgm. Honay, daß auch er im allgemeinen dafür sei. Teilweise ist dies schon geschehen. In vielen Fällen sei dies jedoch wegen der Raumfrage nicht möglich. Wenn GR. Lauscher zugegeben hat, daß der Krieg auch auf dem Gebiete der Fürsorge ungeheure Schäden verursacht hat und meint, daß vielleicht hätte doch mehr geschehen können, als im Voranschlag vorgesehen ist, so wäre dazu zu sagen, daß die beiden großen Parteien auf dem Gebiete der Fürsorge alles getan haben, was nur menschenmöglich war. Daß auch wir nicht hundertprozentig zufrieden sind und daß wir alle mehr wünschen, darüber braucht nicht erst diskutiert werden. Was die Kinderzahl in den Städtischen Kindergärten anlangt, so kann man nur sagen, daß die Zahl ungeheuer schwankt. Der Voranschlag wurde im Herbst aufgestellt und die Zahl der ungefähr 8.000 Kindergartenkinder ist seither schon auf rund 11.600 eingeschriebene Kinder gestiegen. Es ist unrichtig, daß für die Kindergärten kein Bauprogramm aufgestellt wurde. Es wurde mit allen Bezirken Fühlung genommen und es besteht ein ausgesprochener Plan für die Errichtung von Kindergärten. Nach den finanziellen Möglichkeiten wird dieser Plan auch ausgeführt werden. Auch über die von GR. Lauscher erwähnte Erhöhung der Kindergartenbeiträge ist nichts bekannt. Die Gemeinde ist vielmehr bei der Gewährung von Freiplätzen oder Halbfreiplätzen stets entgegenkommend; insbesondere wenn von einer Familie mehrere Kinder einen Kindergarten besuchen. Wenn GR. Lauscher auch gewisse Bauschäden an Lehrlingsheimen und Jugendfürsorgeanstalten bemängelte, so ist zu sagen, daß der Krieg auch auf diesem Gebiet ungeheure Verluste gebracht hat.

Man findet jedoch im Voranschlag bereits Beträge, die zur Behebung der Schäden an diesen Heimen und Jugendfürsorgeanstalten vorgesehen sind. Der Redner spricht dann davon, daß die geringe Zahl der Pflegeeltern nicht in der zu geringen Gebühr liegt. Es wurde im Vorjahr eine Erhöhung der Pflegegelder von 80 auf 140 S vorgenommen, es haben sich jedoch auch nachher nicht mehr Eltern gemeldet. Es gehört schließlich eine gewisse Liebe dazu, fremde Kinder zu pflegen und zu erziehen und die kann man nicht allein mit Geld abgelden. Wenn Gemeinderat Lauscher eine Erhöhung der Pflegegelder auf 250 S monatlich vorgeschlagen hat, so würden wir damit auch keinen Massenansturm an Pflegeeltern erreichen. Es würden vielleicht sogar Leute kommen, die die Kinder nicht aus Liebe nehmen, sondern nur um Geld herauszuschinden. Vizebürgermeister Honay stellt fest, daß auch er der Meinung ist, daß es zu wenig Kinder- und Jugendspielplätze gibt und daß auf diesem Gebiete mehr als bisher gemacht werden muß. Mit der Venediger Au wurde der Anfang gemacht. Es sollen jedoch derartige Einrichtungen auch in andere Bezirke kommen.

Was die bemängelte Zahl der Stipendien betrifft, so ist dazu zu sagen, daß noch niemand, der begründet um ein Stipendium angesucht hat, abgewiesen wurde und, daß auch noch keine derartigen Beschwerden zu verzeichnen waren. Zum Problem der Lehrwerkstätten erklärt der Redner, es sei bereits geplant, daß die Gemeinden, die Länder, Körperschaften usw. eine Organisation schaffen, die im Verein mit der Industrie solche Lehrwerkstätten ins Leben rufen wird. Es wurde auch bemängelt, daß der Betrag von 600.000 Schilling für die Erholungsfürsorge zu gering ist. Dazu kann bemerkt werden, daß erholungsbedürftige Kinder noch nie von der Erholungsfürsorge ausgeschlossen wurden. Vbgm. Honay bezeichnete die von GR.Lauscher verlangte Summe als zu hoch. Es handelt sich bei der Forderung um eine hundertprozentige Erhöhung. Von 44 Millionen Schilling, sollen die für die Dauerbefürsorgten verwendeten Beträge auf 88 Millionen Schilling erhöht werden. Vbgm.Honay empfiehlt den Antrag wegen seiner Undurchführbarkeit abzulehnen.

Es wird den Befürsorgten monatlich nicht nur die Fürsorgeunterstützung von 137 Schilling gegeben, sondern sie bekommen die Gas- und Stromrechnung bezahlt und auch sonstige Zuwendungen.

Bezüglich der rigorosen Handhabung der Unterhaltspflicht, die nach der Meinung des GR. Lauscher aufgehoben werden soll, erklärt der Redner, daß die Kinder die moralische Verpflichtung hätten, für ihre Eltern zu sorgen. Dies soll natürlich nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Kinder geschehen.

Die Kinder aus dem städtischen Heim Jennersdorf, das den Anforderungen nicht entspricht, werden in das von der Volkshilfe zur Verfügung gestellte Heim in Ybbs kommen. Der ursprüngliche Plan, diese Kinder im Schloß Wilhelminenberg unterzubringen, konnte nicht durchgeführt werden, da Schloß Wilhelminenberg für die Kinder des Heimes Steinhof, das noch schlechtere Verhältnisse wie Jennersdorf aufweist, gebraucht wird. Der Redner geht dann noch kurz auf die Anfrage ein, wieso ein Fürsorgeinstituts-Vorsteher bei seinem Institut 20.000 Schilling einsparen konnte. Er erklärt dazu, daß die Beträge, die an die Fürsorgeinstitute als Aushilfe gegeben werden, sehr schwanken. Die um eine Aushilfe ansuchenden Leute müssen deshalb auch in dem angeführten Fall nicht schlechter behandelt worden sein.

Daß bei "Jugend am Werk" ein Unterschied in der Bezahlung der Jugendlichen besteht, stimmt nicht, denn es wurde ein einheitlicher Tagessatz eingeführt.

Vbgm. Honay wies sodann darauf hin, daß es wohl die einheitliche Meinung des ganzen Gemeinderates ist, daß unsere Kindergärtnerinnen und Fürsorgerinnen eine schwere verantwortungsvolle Arbeit zu leisten haben. Wenn Frau GR. Vavrovsky gemeint hat, daß der Stand der Fürsorgerinnen zu gering ist und erhöht werden muß, deckt sich das wohl nicht mit den in der Generaldebatte auch von der Volkspartei zum Ausdruck gebrachten Prinzip des Personalabbaues. Man muß also hier eine einheitliche Linie beziehen.

Es ist erfreulich, daß zur Geschäftsgruppe Wohlfahrts-
wesen im wesentlichen sachlich Stellung genommen wurde. Vbgm.
Honay erklärte wörtlich: "Ich verspreche, daß wir das kommende
Jahr dazu benützen werden, um das schöne und große Gebiet un-
serer städtischen Fürsorge planmäßig auszubauen. Ich bitte alle
Frauen und Herren des Gemeinderates mit mir zusammen diese
schöne Arbeit im Dienste unserer Jugend, im Dienste einer
besseren Fürsorge zu leisten. (Lebhafter Beifall bei den So-
zialisten und bei der Volkspartei.)

Die Ansätze der Geschäftsgruppe Wohlfahrtswesen wurden
angenommen. Der Abänderungsantrag des GR.Lauscher wurde ab-
gelehnt.

Im Anschluß daran wurde mit den Beratungen des 5. Hauptstückes begonnen. Vizebürgermeister Weinberger wendete sich zunächst gegen einen gewissen Teil der Presse, die das Ansehen des Wiener Gesundheitswesens herabzusetzen versucht; man konstruiert dann einen Fall Wuzinas und schrotet ihn aus. Oder es ist so wie in der heutigen Ausgabe der "Weltpresse", in der in Fettdruck behauptet wird, daß man im Wiener Gesundheitsamt einen gesunden Schlaf schlafe, ohne sich vorher zu erkundigen, ob daran überhaupt etwas wahr ist. Es ist im Laufe der Budgetdebatte oft und mit Recht auf die vorbildliche Pflichterfüllung der städtischen Angestellten hingewiesen worden.

Vizebürgermeister Weinberger betonte, daß man aber über das Gesundheitswesen auch richtig und objektiv urteilen könnte, und dann muß man feststellen, daß sich die Wiener Medizin und die Gesundheitsverwaltung auch heute durchaus sehen lassen können.

Der Referent ging dann im einzelnen auf die verschiedenen Gebiete seiner Geschäftsgruppe näher ein. Bisher mußte wieder aufgebaut werden, um die früheren Verhältnisse herstellen zu können. Nun wird sicher auch die Zeit kommen, um mehr zu planen und zu überlegen, wie man die Wiener Gesundheitsverwaltung am besten und wirtschaftlichsten führen kann.

In den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten waren Ende 1949 insgesamt 13.446 Menschen beschäftigt. Davon waren 1.224 Verwaltungsbedienstete und 873 Ärzte. Die letzte Zahl ist eigentlich nicht hoch, doch sind darin nicht die vielen jungen Ärzte enthalten, die wohl in den Spitälern arbeiten, aber keine oder eine nur unzureichende Bezahlung erhalten. Ferner sind 109 Apotheker beschäftigt, 481 Personen medizinisches Fachpersonal, 4.291 weltliches Pflegepersonal und 1.306 geistliche Schwestern; schließlich 270 Personen Erziehungspersonal, 4.198 Betriebspersonal und 694 technische Personal.

Über die Zahl der Betten sagte der Vizebürgermeister, daß es in der Zeit vor dem Krieg etwas weniger als 12.000 waren, während es jetzt mehr als 13.000 sind. 1945 gab es jedoch nur 7.000 Betten. An und für sich wäre diese Bettenzahl nicht notwendig, es ist aber schwer, die Ersparungen an Betten so zusammenzustellen, daß man in der Lage ist, ganze Abteilungen einsparen zu können; auch müssen gewisse Reserven für den Fall von Epidemien vorhanden sein.

Aus diesem Grund ist es leider noch nicht möglich gewesen, größere Einsparungen auf diesem Gebiet zu erreichen. Es wird jedoch geprüft werden, wie die Zahl der Betten vermindert werden kann.

Auf dem Gebiet des Wiederaufbaues nannte der Referent einige größere Beispiele. So wurden im Franz Josefs-Spital die Kriegsschäden behoben, das Preyersche Kinderspital, die Universitätskinderklinik und verschiedene Ambulatorien in Lainz und im Rudolfsspital wieder aufgebaut und eingerichtet. Die Einrichtung der "Blutbank" soll dazu dienen, die Aufrufe im Radio möglichst zu vermeiden.

In den Altersheimen gibt es derzeit 5.668 Betten; trotzdem ist dieser Stand ungenügend. Es wird überlegt, wie man neue Betten freibekommen kann. Heute liegen in den Altersheimen fast durchwegs kranke Leute, sodaß diese Einrichtungen mehr Altersspitäler als Heime geworden sind.

Ein betrübliches Kapitel ist das der Obdachlosenheime. Vizebürgermeister Weinberger beantwortete in diesem Zusammenhang gleichzeitig eine schriftliche Anfrage von GR. Lauscher und teilte mit, daß der gesamte Bettenstand in den Obdachlosenheimen 1949 ungefähr 3.000 betragen hat. In den Obdachlosenheimen sind 1.181 Männer 1.160 Frauen, 391 Knaben und 306 Mädchen untergebracht. Vizebürgermeister Weinberger drückte sein Bedauern darüber aus, daß in diesen unzureichenden Räumen so viele Kinder hausen müssen und bezeichnete diesen Zustand als unerfreulich. Er betonte jedoch, daß die Stadt Wien daran am unschuldigsten ist; die Menschen werden nach Wien hereingeworfen und die Stadt ist noch immer dazu gezwungen diesen Leuten, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, Obdach zu bieten. Die Bemühungen gehen jedoch dahin, die Verhältnisse in den Heimen zu verbessern. So soll in der Alserbachstraße, in einer ehemaligen Schule, Raum für Obdachlose geschaffen werden. Das gleiche gilt für die Wieden und das Heim in der Genzbacher-gasse. Auch in Mauerbach sind nun die sanitären Verhältnisse durchaus den Anforderungen entsprechend.

Zu den Heil- und Pflegeanstalten bemerkte Vizebürgermeister Weinberger, daß hier die Zahl der Geisteskranken noch nicht zu Steigen aufgehört hat. Es muß daher mit weiteren Anforderungen gerechnet werden.

Sehr betrüblich war der Raummangel am Steinhof, es mußten dort die Leute auf den Boden gelegt werden. Nun ist es aber endlich im Einvernehmen mit Vizebürgermeister Honay gelungen, die beiden Jugendpavillons auf dem Gelände des Steinhofs freizubekommen, sodaß in allernächster Zeit die Belagsschwierigkeiten ein Ende finden werden.

In den Jugendfürsorgeanstalten wurde ebenfalls manches verbessert.

Bei den Krankenpflegeschulen gibt es Erfreuliches zu berichten: Es gibt nun 4 Schwesternschulen: im Allgemeinen Krankenhaus, in Lainz, im Wilhelminenspital und im Rudolfsspital. Bemerkenswert ist zu sehen, wie nett und gepflegt die Zimmer der Schwesternschülerinnen eingerichtet sind.

Erfreulich ist auch die Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in den Anstalten. Stadtrat Resch hat schon darauf hingewiesen, daß bei der Wäsche und bei den Lebensmitteln nicht gespart wurde. Vizebürgermeister Weinberger versicherte, er werde dafür sorgen, daß sowohl die Wäsche vernünftig verwendet wird und daß auch die Verpflegung in allen Anstalten gut und vor allem gleichmäßig gut ist.

Auch die Medikamentenversorgung ist im allgemeinen günstig. Es gibt freilich gewisse Schwierigkeiten, vor allem deswegen, weil immer neue Medikamente auftauchen, die natürlich von den Patienten besonders gerne verlangt werden.

In der amtsärztlichen Untersuchungsstelle wurden 1948 16.587 Menschen untersucht, während 1949 17.181 Untersuchungen stattfanden. Auch bei den 26 Bezirksgesundheitsämtern ist die Zahl der Untersuchungen gestiegen, insgesamt wurden 103.162 Menschen untersucht.

Gegenwärtig gibt es in Wien 17 Schulzahnkliniken, an denen von den 126.000 Pflichtschülern 71.176 untersucht wurden. 44.363 Füllungen wurden vorgenommen. Bemerkenswert ist auch, daß im Schuljahr 1947/48 an 30.000 Schüler Zahnbürstenunterricht erteilt wurde, während es im Schuljahr 1948/49 81.600 waren. Der Referent teilte auch mit, daß die Heiligenstädter Schulzahnklinik neu errichtet werden soll und auch einige andere Schulzahnkliniken neue Einrichtungen bekommen werden.

Vizebürgermeister Weinberger verweist soann auf die traurigen Zustände im Rettungswesen nach Kriegsende, wo für den Rettungsdienst selbst überhaupt kein Fahrzeug vorhanden war und für den Krankenbeförderungsdienst nur drei Pferdefuhrwerke zur Verfügung standen. Derzeit verfügt die Rettung über 21 Fahrzeuge, der Krankenbeförderungsdienst über 42.

Die Rettung hatte im Jahre 1946 15.534 Ausfahrten mit 216.000 Kilometern, im Jahre 1949 bereits 22.023 Ausfahrten mit insgesamt 284.000 Kilometern. Vom Krankenbeförderungsdienst wurden 1946 52.969 Transporte mit 742.000 Kilometern durchgeführt, 1949 74.527 Transporte mit 1,1 Millionen Kilometern.

Nach langwierigen Verhandlungen wurden die Devisen für die Anschaffung von 13 modernen Ambulanzwagen bewilligt. Die ersten Wagen werden bereits in ungefähr einem Monat zur Verfügung stehen.

Auf dem Gebiete der Geschlechtskrankenfürsorge wurden von den vier Amtärzten im abgelaufenen Jahre 60.503 Fälle untersucht, sodaß auf jeden dieser Ärzte über 15.000 Untersuchungen kamen. Hiezu kommen 5.382 Hausbesuche von Fürsorgerinnen zur Überprüfung einzelner Fälle.

An venerischen Neuerkrankungen traten im Jahre 1946 rund 20.000 Fälle auf, bis Ende 1949 waren es nur mehr 6.344 Fälle. Ein Viertel aller venerischen Infektionen wurde vom zuständigen Referat für Geschlechtskrankenfürsorge des Magistrates festgestellt. Mit einem weiteren Rückgang dieser Krankheiten kann erfreulicherweise gerechnet werden. Es ist heute schon so, daß sich die Kliniken für Haut- und Geschlechtskrankheiten über den Mangel an Patienten beklagen.

Auch die Zahl der Tbc-Erkrankungen ist erfreulicherweise im Rückgang. In Kürze werden nach Inbetriebnahme von zwei neuen Fürsorgestellen 22 zum Großteil sehr gut eingerichtete moderne Bekämpfungszentralen gegen die Tuberkulose zur Verfügung stehen. Während von 1945 bis 1948 in einem Zeitraum von 3 Jahren eine Steigerung der Tuberkulosefälle um 10.298 auf insgesamt 38.957 Fälle festgestellt werden konnte, war in den letzten eineinhalb Jahren nur eine Steigerung um 539 neu hinzugekommene Fälle zu verzeichnen.

Die Tuberkulosesterblichkeit betrug 1938 1110 Fälle, 1945 4213, 1947 1981 und 1949 1501 Fälle. Daran zeigt sich am besten das Zurückgehen der einstigen "Wiener Krankheit".

Der Referent begrüßte es, daß die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt in Kürze in der Albertgasse in entsprechenden Räumlichkeiten zweckmäßig untergebracht werden kann und daß außerdem der Bund einen gewissen Betrag zur Deckung der hierfür entstandenen Ausgaben refundieren wird. 1949 wurden insgesamt 64.508 Untersuchungen vorgenommen, davon auf Grund des Bazillenausscheidergesetzes 38.816 Fälle.

Die Zahl der Todesfälle bei Scharlach, Keuchhusten und anderen Seuchen ist außerordentlich gering. Die Darminfektionskrankheiten sind offenbar infolge der besseren Ernährungsverhältnisse bedeutend zurückgegangen. Die akute Gefahr bei Ruhr ist ziemlich überwunden. Bei Typhus und Paratyphus wird noch einige Zeit mit lokalen Ausbrüchen zu rechnen sein, weil noch nicht alle Bazillenausscheider des Jahres 1945 durchwegs erfaßt sind. Eine allgemeine Gefahr besteht jedoch auch hier nicht mehr. Die Diphtherie wird durch dauernde, allerdings kostspielige Impfungsaktionen zurückgedrängt werden können.

Die Zahl der Krankheitsfälle betrug bei Diphtherie 1945 2.842 Fälle, 1947 3115, im Dezember 1949 293 und im Februar dieses Jahres 218 Fälle. Bei Scharlach waren 1945 2.234 Fälle zu verzeichnen, 1949 7702, im Dezember 1949 1.008, im Februar dieses Jahres 586 Fälle. Die Zahl der Kinderlähmungserkrankungen betrug 1945 32, 1947 489, im Dezember des Vorjahres 1 Fall. Im Februar dieses Jahres war keine neue Erkrankung an Kinderlähmung zu verzeichnen. Die Zahl der Typhusfälle betrug 1945 3788, 1949 233, im Dezember 1949 19 und im Februar 1950 11 Fälle. Im Vorjahr waren 37.533 Grippefälle zu verzeichnen, im Februar dieses Jahres 1432 Fälle. Die Grippewelle ist also noch nicht ganz abgeebbt.

In seinen weiteren Ausführungen betont der Referent, daß es hoch an der Zeit wäre, daß die Alliierten die noch immer besetzten Pavillons verschiedener Krankenanstalten endlich zurückgeben.
(Beifall bei der ÖVP.)

So halten zum Beispiel die Engländer im Altersheim Lainz noch immer einen Pavillon mit 900 Betten besetzt. Würde dieser Pavillon freigegeben, dann gäbe es in Wien kein Problem der Unterbringung alter Leute mehr. Das Altersheim Groß-Enzersdorf dient noch immer als Kaserne. Am Steinhof ist der groteske Fall zu verzeichnen, daß der Pavillon 23 noch immer als Gefängnisraum der Franzosen in Verwendung steht, obwohl sich dort nur 5 Gefangene befinden. Das Erziehungsheim Mödling ist noch immer zu 80 Prozent von der russischen Besatzungsmacht in Anspruch genommen.

Der Referent spricht dem Landessanitätsrat für Wien für seine eifrige, gewissenhafte und völlig uneigennützig Arbeit den Dank der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung aus. Er setzt sich dafür ein, daß gerade die verantwortlichen Arztstellen nur nach rein sachlichen Gesichtspunkten besetzt werden sollen. (Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Vizebürgermeister Weinberger wiederholt seinen schon öfter gemachten Vorschlag, daß der Bund das Allgemeine Krankenhaus wieder in seine Verwaltung nehmen solle, weil es sich hier um eine Schulanstalt handle, die zum großen Teile der medizinischen Wissenschaft diene und nur nebenbei auch als Krankenanstalt Verwendung finde. Auch eine Rückgabe der Fondskrankenanstalten an den Bund wäre aus finanziellen Erwägungen angezeigt, da sie der Gemeinde große Kosten verursachen.

Er verweist weiter darauf, daß die Krebssterblichkeit in Wien erschreckende Ausmaße angenommen hat, und zeigt an Hand einer graphischen Darstellung das rapide und ständige Ansteigen der auf Krebs zurückgehenden Todesfälle. Da diese Erkrankung in ihrem Frühstadium nicht mehr irreparabel ist, sollen die Menschen dazu gebracht werden, sich vor allem ab dem 40. Lebensjahr untersuchen zu lassen. Erfreulicherweise hat sich anlässlich der medizinischen Woche ein großes Interesse der Bevölkerung gerade für die Vorträge über die Krebserkrankungen gezeigt. Die Menschen sind also alarmiert und sind bereit, auch ohne gesetzlichen Zwang sich untersuchen zu lassen. Es sollen daher in allen

Bezirken Krebsfürsorgestellen eingerichtet werden. In Wien allein sterben jährlich rund 5.000 Menschen, also alle zwei Stunden ein Wiener, an Krebs. Gerade die Krebserkrankungen übertreffen in ihrer Sterblichkeit bei weitem alle anderen Krankheiten.

Zahlenmäßig steht unter den Krankheiten an erster Stelle Rheuma. Auf einen Krebskranken kommen neun an Rheuma Erkrankte. Der durch Rheuma verursachte Arbeitsstundenentfall kostet $6\frac{1}{2}$ mal soviel als der durch Tbc verursachte. Der Einrichtung einer Rheumafürsorge kommt daher besondere Bedeutung zu. Auch die Schaffung einer sportärztlichen Untersuchungs- und Betreuungsstelle ist in Aussicht genommen. Schließlich ist noch eine Beratungsstelle für Schwerhörige geplant. In Österreich gibt es rund 250.000 Schwerhörige, in Wien allein 85.000.

An Wünschen, die allerdings nicht sofort realisierbar sind, wäre die Schaffung eines großen modernen Infektionskrankenhauses zu erwähnen, die Ausgestaltung der Randspitäler zu Vollspitälern, die Erweiterung des schulärztlichen Dienstes und der Frauenmilchsammelstelle.

Es fehlt gewiß noch da und dort, schließt Vizebürgermeister Weinberger seine Ausführungen, aber im großen und ganzen ist viel geschehen. Er dankt allen Mitarbeitern für ihre im Interesse der Gesundheitserhaltung der Bevölkerung geleistete Arbeit herzlichst (Beifall) und appelliert an die Presse, vor einer alarmierenden Berichterstattung doch rückzufragen und zu bedenken, daß es nicht richtig ist, ungute Ausnahmefälle zur Regel zu machen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

GR. Keller (parteilos) spricht über die "Weiße Pest", die Tuberkulose. In Wien leben cirka 20.000 Menschen mit offener Tuberkulose, die täglich tausende andere anstecken. Dadurch entstehe für die Gemeindeverwaltung ein Aufwand von cirka zehn Millionen. Dazu komme der Verlust an Arbeitsstunden mit ungefähr dem gleichen Betrag.

Der Redner teilt als Vizepräsident des Antituberkulosenverbandes in Wien mit, daß es ein Mittel gibt, durch welches unsere Bevölkerung von dieser Geißel befreit werden könnte. Es ist dies das Friedmannmittel, das von Friedmann schon im Jahre 1904 entdeckt wurde, aber noch immer nicht die notwendige Beachtung findet. Dieses Friedmannmittel ist in seiner Anwendung billig und hat glänzende Erfolge aufzuweisen. Durch seine Anwendung könnten in kurzer Zeit 80 % aller Tuberkulosekranken geheilt werden. Kranke, die eine solche Injektion bekommen haben, werden nach wenigen Injektionen gesund. Redner zitiert die Atteste weltberühmter medizinischer Kapazitäten, die für das Mittel das beste Zeugnis ablegen und empfiehlt seine Anwendung auch in Österreich. Mit den heutigen Methoden ist die Tuberkulose nicht ausrottbar.

GR. Guger (Linksblock): Das einst mustergültige Spitalwesen von Wien hat durch den Krieg gelitten, der Wiederaufbau geht schleppend von statten, das derzeitige Spitalwesen entspricht nicht den Anforderungen, und unser öffentlicher Gesundheitsdienst ist in allen Teilen reformbedürftig. Von einer Reform ist aber nichts zu sehen. Es wäre eine Planung erforderlich, um die Wiener Bevölkerung ausreichend mit Spitalsbetten zu versorgen. Die Schwierigkeiten werden hier dadurch vermehrt, daß einzelne Spitalsabteilungen durch die Besatzungsmächte der Bevölkerung entzogen sind. Insgesamt sind dies 1.400 Betten. Es wäre Pflicht der Gemeindeverwaltung, die Besatzungsmächte aufzufordern, wenigstens einen Teil der beschlagnahmten Spitalsbetten freizugeben. Er fragt den Amtsführenden Stadtrat, ob er schon die Ansprüche der Gemeinde auf geeignete Objekte für die Zeit nach Abzug der Besatzungsmächte angemeldet habe. Besonders geeignet sei die SS-Kaserne in Meidling. Weiter wendet er sich gegen die Bevorzugung von Patienten der ersten und zweiten Klasse, des sogenannten Zahlstocks, bei der Vergebung von Betten. Entscheidend soll nur die Krankheit, nicht aber die Zahlungsfähigkeit sein. Die Beibehaltung des Zahlstocks aus der früheren Zeit sei auf die schlechte Bezahlung der Ärzte, vor allem der Primärärzte zurückzuführen, die auf die Zahlstockpatienten angewiesen sind.

In den meisten Spitälern sind die technischen Einrichtungen veraltet; darunter leiden nicht nur die Patienten sondern auch das gesamte Spitalpersonal. Es fehlt eine Reihe von Spezialkrankheitsabteilungen, wie zum Beispiel für Orthopädie und Trinkerheilstätten. Unmöglich ist der Zustand, daß sich Am Steinhof auch das Infektionskrankenhaus befindet. Es wäre zweckmäßig, im Franz Josefs-Spital einen Pavillon dafür zu bauen.

GR. Guger spricht dann von dem ständigen Steigen der Krebserkrankungen und der Krebssterblichkeit. Er hat im Budget für die Krebsbekämpfung vergeblich eine Ausgabepost gesucht. Er stellt daher einen Antrag, der die Förderung der Krebserforschung und -bekämpfung betrifft und ersucht um dessen Annahme. Der Redner erwähnt sodann die Fondskrankenanstalten, wird jedoch vom Vorsitzenden GR. Koci mit dem Bemerkten zurechtgewiesen, daß er seine Ausführungen herunterlese und dies nicht gestattet sei. GR. Guger bemängelt noch die Inneneinrichtung der Versorgungshäuser, Jugendfürsorgen, die mangelhafte Instandhaltung dieser Objekte und die Bauschäden. Er bemerkt, daß sich die sanitären Verhältnisse in den Obdachlosenheimen wohl etwas gebessert haben, daß es jedoch bedauerlich sei, daß vor diesen Änderungen z.B. in Mauerbach eine Epidemie ausbrechen mußte. Er regt auch eine bessere Bezahlung der Ärzte an.

GR. Dr. Eberle (ÖVP) schildert, was seit dem Jahr 1945 auf dem Gebiete des Gesundheitswesens bereits geschehen ist. Außer zerstörten, ausgebombten, ausgeplünderten Krankenhäusern war damals kaum etwas zu finden. Es liefen täglich Meldungen über Typhus oder Ruhr ein und vor ganz kurzer Zeit drohte die Tuberkulose wieder zur Wiener Krankheit zu werden. All das wurde in den letzten Jahren gemeistert. Wir sind nicht den so sehr gefürchteten Seuchen zum Opfer gefallen. Das danken wir der Gesundheitsverwaltung von Wien, unseren braven Ärzten, Schwestern und dem mutigen und tapferen Personal.

Der Redner tritt für die Schaffung von genügend Krankenbetten ein, die besonders in Grippezeiten dringend gebraucht werden. Besonders wichtig erscheint ihm auch der weitere Ausbau aller Peripherie-Spitäler, der Spitäler in den Arbeiter- und kinderreichen Bezirken. Er schlägt vor, daß in Hinkunft Budgetbesprechungen für die Anstalten unbedingt auch in den einzelnen Anstalten stattfinden müssen.

Dadurch soll ein inniger Kontakt zwischen dem Arzt und dem Amt hergestellt werden. Auch die einzelnen Beamten würden sich dadurch kennenlernen und sie könnten die berechtigten Wünsche der Anstalt besser überprüfen. Eine weitere Notwendigkeit ist es, daß in den nächsten Jahren in sämtlichen Krankenanstalten Neugeborenen-Stationen geschaffen werden, die von Kinderfachärzten geleitet werden sollen. Auch die Säuglings- und Mutterberatungsstellen in Wien wären einmal in die Hand von Kinderfachärzten zu bringen. Großes Augenmerk soll auch den Pflegerinnenschulen zugewendet werden. GR.Dr.Eberle ersucht Vizebürgermeister Weinberger, darauf zu dringen, daß in Hinkunft frei gewordene Assistentenstellen rascher als bisher besetzt werden. Er bittet auch, die Vorschläge der Abteilungsvorstände der jeweiligen Spitäler entsprechend zu würdigen.

Der Redner kam dann auf das Ärzteproblem zu sprechen. Zu allem Elend und zu aller Not, sagte er, die uns der letzte Krieg gebracht hat, haben wir auch noch eine große Zahl von Ärzten bekommen und zugleich damit eine große Ärztenot. Viele Hunderte haben während des Krieges ihr Studium begonnen und es nun fertig gebracht oder werden es in der nächsten Zeit fertig bringen. Viele sind auch schon verheiratet, aber sie haben keine Stellung. Die Ärztekammer zählt heute bereits 4000 Ärzte. In kurzer Zeit werden es 5000 und noch mehr sein. Der Redner appellierte in diesem Zusammenhang an den Wiener Gemeinderat, hier einzugreifen. Er führte die Folgen vor Augen, wenn sein Appell nicht gehört wird. Wir bekämen ein großes Ärzteproletariat; die Not und das Elend, die dann der Wiener Bevölkerung erwächst, wäre nicht abzumessen.

GR.Dr.Eberle beantragte sodann, Vizebürgermeister Weinberger möge auf Grund der Lage der jungen Ärzte die Aufnahme von weiteren 200 besoldeten Aspiranten bei der Gemeinde Wien erwirken. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Abschließend sagte der Redner: Wir sind in Wien auf dem schönsten Weg auch in der Zukunft wieder den medizinischen Ruf, den Wien einst hatte, langsam zurückzuerobern. Gebe es Gott, daß dies möglichst bald sein wird, dann ist dies zum Wohl unserer schönen Stadt Wien. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall bei der ÖVP.)

Hierauf unterbricht der Vorsitzende GR. Koci um 19 Uhr die Sitzung. Die Budgetberatungen werden morgen vormittag um 9 Uhr fortgesetzt werden. Nach Beendigung der Debatte über das 5.Hauptstück gelangen die Ansätze der Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten, zur Behandlung, über die Stadtrat Jonas referieren wird.

Schweinemarkt vom 21. März (Hauptmarkt)
 =====

21. März (Rath.Korr.) Angeliefert wurden 1.221 inländische Fleischschweine und 408 ungarische Fettschweine. Es wurde alles verkauft. Preise je Kilogramm Lebendgewicht: Prima und mittlere Ware 11.- bis 11.70 S (12.-), mindere Ware und Zuchten 10.50 bis 10.70 S.

Bei lebhaftem Marktverkehr erhöhten sich die Preise für prima und mittlere Ware um 50 Groschen, für mindere Ware und Zuchten um 50 bis 70 Groschen je Kilogramm.

Richtpreise für Gemüse und Erdäpfel
 =====

21. März (Rath.Korr.) Die nachstehenden Richtpreise gelten ab. 22. März:

	Erzeuger- preis	Großhandels- preis in Groschen je kg	Verbraucher- preis
Kehl, A-Ware	180 - 220	200 - 250	270 - 330
" B-Ware	80 - 140	90 - 160	120 - 210
Kohlrabi	30 - 50	40 - 60	50 - 90
Sellerie, Soloware	140 - 160	160 - 180	210 - 240
" A-Ware	100 - 130	110 - 150	150 - 200
" B-Ware	80	90	120
Karotten	60 - 140	70 - 160	90 - 210
Zwiebeln, A-Ware	300	320	380
" B-Ware	200	220	280
Erdäpfel, rund		65 - 70	75 - 85